Die Reden Hitlers als Kanzler

Das junge Deutschland will Arbeit und Frieden

3. Auflage

41.—60. Tausend



Verlag Frz. Eher Nachf., GmbH., München 2 NO

Inhaltsverzeichnis

Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München

Vorwort

„Das junge Deutschland will Arbeit und Frieden"

So lautet der Untertitel dieser Sammlung von Reden, die der Kanzler des deutschen Volkes, Adolf Hitler, nach seinem Machtantritt am 30. Januar 1933 gehalten hat. Daß dieses Deutschland Arbeit will, bedarf keines Beweises mehr. Fast fünf Millionen Menschen in Deutschland streben nach den verlorengegangenen Plätzen in Fabriken und Kontoren zurück. Ihre Hände ruhen unter der furchtbaren Last der Zeitkrankheit Arbeitslosigkeit. Vergangene Regierungen, die mit ihrem System durch den Nationalsozialismus abgelöst worden sind, standen dieser Not rat- und tatlos gegenüber. Die Regierung Hitler hat sich ans Werk gemacht und in einem großangelegten Plan der Arbeitslosigkeit den Krieg angesagt. Nicht mit fremder Hilfe will sie diesen Schaden beheben; sie geht nicht wie ihre Vorgängerinnen zu den Völkern der Welt, um dort in entwürdigender Weise um Schutz und Beistand zu betteln. Sie weiß, daß überall Krise und Verzweiflung herrschen, und hat sich deshalb entschlossen, auf ihre Art und durch eigene Initiative des Übels Herr zu werden. Zwei Millionen Menschen, wieder zurückgekehrt an ihre Arbeitsplätze, zeugen dafür, daß der Versuch Hitlers, die Arbeitslosigkeit zu bannen, nicht ohne Erfolg geblieben ist.

So wie dieses junge Deutschland Arbeit will, so will es Frieden. Es hat durch den Mund des Kanzlers selbst vor dem Reichstag aller Welt kundgetan, daß es von keinerlei Angriffsabsichten beseelt ist, daß es weder provozieren noch Verwirrung stiften will. In Ruhe und mit tiefem sittlichen Ernst möchte es seiner Arbeit nachgehen, um sich durch sie sein tägliches Brot zu sichern. Unbewaffnet steht es der Welt gegenüber und hat kein anderes Überzeugungsmittel zur Verfügung als das seines Fleißes und seiner Betriebsamkeit. Es ist der festen Überzeugung, daß die Welt nicht achtlos daran vorbeigehen kann.

Wenn dieses Deutschland erklärt, daß es keine unerfüllbaren Verträge unterschreiben werde, so deshalb, weil es die Absicht hat, unterschriebene Verträge tatsächlich zu erfüllen. Es ist ein Deutschland der Ordnung, der Autorität und der Disziplin, das durch Adolf Hitler und seine Bewegung erwacht ist und in der Welt um Vertrauen und um Verständnis wirbt.

Noch ist die Welt mißtrauisch; noch ist sie, abgesehen von einigen wenigen Männern, die den Mut hatten, den wirklichen Tatsachen

ins Auge zu schauen, nicht oder nur unvollständig hinter den Sinn der Dinge gekommen, die sich in Deutschland abgespielt haben. Sie wird dann ein offenes Auge und Ohr für das gewaltige Geschehen der innerdeutschen Umwälzung haben, wenn die Not Europas so groß geworden ist, daß man überall einzusehen beginnt, daß ohne Verständnis und Achtung der Nationen füreinander und voreinander der Frieden der Welt nicht gedeihen kann und die Geißel der Arbeitslosigkeit weiter auf alle Völker herniedersausen wird.

Die Reden Adolf Hitlers seit dem 30. Januar 1933 sind sprechende Dokumente für Deutschlands Willen zur Arbeit und zum Frieden. Möge die Welt daraus nur das eine lernen: daß das deutsche Volk bei anderen Völkern wieder die Achtung verdient, die es heute auch wieder vor seinem eigenen Wert besitzt!

Dr. Joseph Goebbels.

Aufruf der Reichsregierung an das Deutsche Volk!

Berlin, den 1. Februar 1933*).

Über 14 Jahre sind vergangen seit dem unseligen Tage, da, von inneren und äußeren Versprechungen verblendet, das deutsche Volk der höchsten Güter unserer Vergangenheit, des Reiches, seiner Ehre und seiner Freiheit vergaß und dabei alles verlor. Seit diesen Tagen des Verrates hat der Allmächtige unserem Volk seinen Segen entzogen. Zwietracht und Haß hielten ihren Einzug. In tiefster Bekümmernis sehen Millionen bester deutscher Männer und Frauen aus allen Lebensständen die Einheit der Nation dahinsinken und sich auflösen in ein Gewirr politisch-egoistischer Meinungen, wirtschaftlicher Interessen und weltanschaulicher Gegensätze.

Wie so oft in unserer Geschichte, bietet Deutschland seit diesem Tage der Revolution das Bild einer herzzerbrechenden Zerrissenheit. Die versprochene Gleichheit und Brüderlichkeit erhielten wir nicht, aber die Freiheit haben wir verloren. Dem Verfall der geistigen und willensmäßigen Einheit unseres Volkes im Innern folgte der Verfall seiner politischen Stellung in der Welt.

Heiß durchdrungen von der Überzeugung, daß das deutsche Volk im Jahre 1914 in den großen Kampf zog ohne jeden Gedanken an eine eigene Schuld und nur erfüllt von der Last der Sorge, das angegriffene Reich, die Freiheit und die Existenz des deutschen Menschen verteidigen zu müssen, sehen wir in dem erschütternden Schicksal, das uns seit dem November 1918 verfolgt, nur das Ergebnis unseres inneren Verfalls. Allein auch die übrige Welt wird seitdem nicht minder von großen Krisen durchrüttelt. Das geschichtlich ausgewogene Gleichgewicht der Kräfte, das einst nicht wenig beitrug zum Verständnis für die Notwendigkeit einer inneren Solidarität der Nationen, mit all den daraus resultierenden glücklichen wirtschaftlichen Folgen, ist beseitigt.

Die

Wahnidee vom Sieger und Besiegten

zerstört das Vertrauen von Nation zu Nation und damit auch die Wirtschaft der Welt. Das Elend unseres Volkes aber ist entsetzlich! Dem arbeitslos gewordenen, hungernden Millionen-Proletariat der Industrie folgt die Verelendung des gesamten Mittel- und Handwerksstandes. Wenn sich dieser Verfall auch im deutschen Bauern endgültig vollendet, stehen wir in einer Katastrophe von unübersehbarem Ausmaß. Denn nicht nur ein Reich zerfällt dann, sondern eine zweitausendjährige Erbmasse an hohen und höchsten Gütern menschlicher Kultur und Zivilisation.

Drohend künden die Erscheinungen um uns den Vollzug dieses Verfalls. In einem unerhörten Willens- und Gewaltansturm versucht die kommunistische Methode des Wahnsinns das in seinem Innersten erschütterte und

*) Offizieller Wortlaut.

entwurzelte Volk endgültig zu vergiften und zu zersetzen, um es einer Zeit entgegenzutreiben, die sich zu den Versprechungen der kommunistischen Wortführer von heute noch schlimmer verhalten würde, als die Zeit hinter uns zu den Versprechungen derselben Apostel im November 1918.

Angefangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und Treue, Volk und Vaterland, Kultur und Wirtschaft hinweg bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens, bleibt nichts verschont von dieser nur verneinenden, alles zerstörenden Idee. 14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert. Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten. Die heute reichsten und schönsten Kulturgebiete der Welt würden in ein Chaos und Trümmerfeld verwandelt. Selbst das Leid der letzten anderthalb Jahrzehnte könnte nicht verglichen werden mit dem Jammer eines Europas, in dessen Herzen die rote Fahne der Vernichtung aufgezogen würde. Die Tausende von Verletzten, die unzähligen Toten, die dieser innere Krieg schon heute Deutschland kostet, mögen ein Wetterleuchten sein der Warnung vor dem Sturme.

In diesen Stunden der übermächtig hereinbrechenden Sorgen um das Dasein und die Zukunft der deutschen Nation rief uns Männer nationaler Parteien und Verbände der greise Führer des Weltkrieges auf, noch einmal wie einst an den Fronten, nunmehr in der Heimat in Einigkeit und Treue für des Reiches Rettung unter ihm zu kämpfen. Indem der ehrwürdige Herr Reichspräsident uns in diesem großherzigen Sinne die Hände zum gemeinsamen Bunde schloß, wollen wir als nationale Führer Gott, unserem Gewissen und unserem Volke geloben, die uns damit übertragene Mission als nationale Regierung entschlossen und beharrlich zu erfüllen.

Das Erbe, das wir übernehmen, ist ein furchtbares.

Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegrenzt; denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich.

So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wieder herzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. Sie wird über Stände und Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewußtsein seiner volklichen und politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen. Sie will die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend. Sie wird damit der geistigen, politischen und kulturellen Nihilisierung einen unbarm-

herzigen Krieg ansagen. Deutschland darf und wird nicht im anarchischen Kommunismus versinken.

Sie wird an Stelle turbulenter Instinkte wieder die nationale Disziplin zum Regenten unseres Lebens erheben. Sie wird dabei all der Einrichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Bürgen der Kraft und Stärke unserer Nation sind.

Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen:

Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation.

Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit.

In 14 Jahren haben die November-Parteien den deutschen Bauernstand ruiniert.

In 14 Jahren haben sie eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen.

Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen:

Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein.

Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.

Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.

Mit dieser gigantischen Aufgabe der Sanierung unserer Wirtschaft wird die nationale Regierung verbinden die Aufgabe und Durchführung einer Sanierung des Reiches, der Länder und der Kommunen in verwaltungsmäßiger und steuertechnischer Hinsicht.

Damit erst wird der Gedanke der föderativen Erhaltung des Reiches blut- und lebensvolle Wirklichkeit.

Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungspolitik.

Die Sorge für das tägliche Brot wird aber ebenso die Sorge sein für die Erfüllung der sozialen Pflichten bei Krankheit und Alter.

In der Sparsamkeit ihrer Verwaltung, der Förderung der Arbeit, der Erhaltung unseres Bauerntums sowie der Nutzbarmachung der Initiative des Einzelnen liegt zugleich die beste Gewähr für das Vermeiden jedes Experimentes der Gefährdung unserer Währung.

Außenpolitisch wird die nationale Regierung ihre höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes sehen. Indem sie entschlossen ist, den chaotischen Zuständen in Deutschland ein Ende zu bereiten, wird sie mithelfen, in die Gemeinschaft der übrigen Nationen einen Staat gleichen Wertes

und damit allerdings auch **gleicher Rechte** einzufügen. Sie ist dabei erfüllt von der Größe der Pflicht, mit diesem freien, **gleichberechtigten Volke für die Erhaltung und Festigung des Friedens** einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor.

Möge auch das Verständnis all der anderen mithelfen, daß dieser unser aufrichtigster Wunsch zum Wohle Europas, ja der Welt, sich erfüllt.

So groß unsere Liebe zu unserem Heere als Träger unserer Waffen und Symbol unserer großen Vergangenheit ist, so wären wir doch beglückt, wenn die Welt durch eine **Beschränkung ihrer Rüstungen** eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen würde.

Soll aber Deutschland diesen politischen und wirtschaftlichen **Wiederaufstieg erleben** und seine **Verpflichtungen** den anderen Nationen gegenüber gewissenhaft **erfüllen**, dann setzt dies eine entscheidende Tat voraus:

die Überwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands.

Wir Männer dieser Regierung fühlen uns vor der deutschen Geschichte verantwortlich für die Wiederherstellung eines geordneten Volkskörpers und damit für die endgültige Überwindung des Klassenwahnsinns und Klassenkampfes. Nicht einen Stand sehen wir, sondern das deutsche Volk, die Millionen seiner Bauern, Bürger und Arbeiter, die entweder gemeinsam die Sorgen dieser Zeit überwinden werden oder ihnen sonst gemeinsam erliegen.

Entschlossen und getreu unserm Eide wollen wir damit angesichts der Unfähigkeit des derzeitigen Reichstages, diese Arbeit zu unterstützen, dem deutschen Volke selbst die Aufgabe stellen, die wir vertreten.

Der Reichspräsident, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, hat uns berufen mit dem Befehl, durch unsere Einmütigkeit der Nation die Möglichkeit des Wiederaufstiegs zu bringen.

Wir appellieren deshalb nunmehr an das deutsche Volk, diesen Akt der Versöhnung selbst mit zu unterzeichnen.

Die Regierung der nationalen Erhebung will arbeiten, und sie wird arbeiten.

Sie hat nicht 14 Jahre lang die deutsche Nation zugrunde gerichtet, sondern will sie wieder nach oben führen.

Sie ist entschlossen, in vier Jahren die Schuld von 14 Jahren wieder gutzumachen.

Allein sie kann nicht die Arbeit des Wiederaufbaues der **Genehmigung** derer unterstellen, die den **Zusammenbruch verschuldeten.**

Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben 14 Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen.

Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld.

Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren, und dann urteile und richte uns!

Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland!

Die Reichsregierung.

Adolf Hitler, von Papen, Freiherr von Neurath, Dr. Frick, Graf Schwerin von Krosigk, Dr. Hugenberg, Seldte, Dr. Gürtner, von Blomberg, Eltz von Rübenach, Göring.

◆

Reichspräsident von Hindenburg

in Potsdam am 21. März 1933 anläßlich der Eröffnung des Reichstages der nationalen Erhebung*).

Durch meine Verordnung vom 1. Februar dieses Jahres löste ich den Reichstag auf, damit das deutsche Volk selbst zu der von mir neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nehmen könne. In der Reichstagswahl vom 5. März hat unser Volk sich mit einer klaren Mehrheit hinter diese durch mein Vertrauen berufene Regierung gestellt und ihr hierdurch die verfassungsmäßige Grundlage für ihre Arbeit gegeben.

Schwer und mannigfaltig sind die Aufgaben, die Sie, Herr Reichskanzler, und Sie, meine Herren Reichsminister, vor sich sehen. Auf innen- und außenpolitischen Gebieten, in der eigenen Volkswirtschaft wie in der Welt sind schwere Fragen zu lösen und bedeutsame Entschließungen zu fassen. Ich weiß, daß Kanzler und Regierung mit festem Willen an die Lösung dieser Aufgaben herangehen; und ich hoffe von Ihnen, den Mitgliedern des neugebildeten Reichstags, daß Sie in der klaren Erkenntnis der Lage und ihrer Notwendigkeiten sich hinter die Regierung stellen und auch Ihrerseits alles tun werden, um diese in ihrem Werk zu unterstützen.

Der Ort**), an dem wir uns heute versammelt haben, mahnt uns zum Rückblick auf das alte Preußen, das in Gottesfurcht durch pflichttreue Arbeit, nie verzagenden Mut und hingebende Vaterlandsliebe groß geworden ist und auf dieser Grundlage die deutschen Stämme geeint hat. Möge der alte Geist dieser Ruhmesstätte auch das heutige Geschlecht beseelen, möge er uns frei machen von Eigensucht und Parteizank und

*) Offizieller Wortlaut.

**) Infolge der kommunistischen Brandstiftung im Reichstagsgebäude fand die Eröffnung des neuen Reichstags in der Garnisonkirche zu Potsdam statt, wo sich die Ruhestätte Friedrichs des Großen befindet.

uns in nationaler Selbstbesinnung und seelischer Erneuerung zusammenführen zum Segen eines in sich geeinten, freien, stolzen Deutschlands!

Mit diesem Wunsche begrüße ich den Reichstag zu Beginn seiner neuen Wahlperiode und

erteile nunmehr dem Herrn Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler Adolf Hitler*):

Herr Reichspräsident! Abgeordnete, Männer und Frauen des Deutschen Reichstages!

Schwere Sorgen lasten seit Jahren auf unserem Volk.

Nach einer Zeit stolzer Erhebung, reichen Blühens und Gedeihens auf allen Gebieten unseres Lebens sind — wie so oft in der Vergangenheit — wieder einmal Not und Armut bei uns eingekehrt.

Trotz Fleiß und Arbeitswillen, trotz Tatkraft, einem reichen Wissen und bestem Wollen suchen Millionen Deutsche heute vergebens das tägliche Brot. Die Wirtschaft verödet, die Finanzen sind zerrüttet, Millionen sind ohne Arbeit.

Die Welt kennt nur das äußere Scheinbild unserer Städte, den Jammer und das Elend sieht sie nicht.

Seit zwei Jahrtausenden wird unser Volk von diesem wechselvollen Geschick begleitet. Immer wieder folgt dem Emporstieg der Verfall. Die Ursachen waren immer die gleichen. Der Deutsche, in sich selbst zerfallen, uneinig im Geist, zersplittert in seinem Wollen und damit ohnmächtig in der Tat, wird kraftlos in der Behauptung des eigenen Lebens. Er träumt vom Recht in den Sternen und verliert den Boden auf der Erde.

Je mehr aber Volk und Reich zerbrechen und damit der Schutz und Schirm des nationalen Lebens schwächer wird, um so mehr versuchte man zu allen Zeiten, die Not zur Tugend zu erheben. Die Theorie der individuellen Werte unserer Stämme unterdrückte die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Willens. Am Ende blieb den deutschen Menschen dann immer nur der Weg nach innen offen. Als Volk der Sänger, Dichter und Denker träumte es dann von einer Welt, in der die anderen lebten, und erst, wenn die Not und das Elend es unmenschlich schlugen, erwuchs vielleicht aus der Kunst die Sehnsucht nach einer neuen Erhebung, nach einem neuen Reich und damit nach neuem Leben.

Als Bismarck dem kulturellen Streben der deutschen Nation die staatspolitische Einigung folgen ließ, schien damit für immer eine lange Zeit des Haders und des Krieges der deutschen Stämme untereinander beendet zu sein. Getreu der Kaiserproklamation nahm unser Volk teil an der Mehrung der Güter des Friedens, der Kultur und der menschlichen Gesittung. Es hat das Gefühl seiner Kraft nie gelöst von der tief empfundenen Verantwortung für das Gemeinschaftsleben der europäischen Nationen.

*) Offizieller Wortlaut.

In diese Zeit der staats- und machtpolitischen Einigung der deutschen Stämme fiel der Beginn jener weltanschaulichen Auflösung der deutschen Volksgemeinschaft, unter der wir heute noch immer leiden.

Und dieser innere Zerfall der Nation wurde wieder einmal, wie so oft, zum Verbündeten der Umwelt. Die Revolution des Novembers 1918 beendete einen Kampf, in den die deutsche Nation in der heiligsten Überzeugung, nur ihre Freiheit und damit ihr Lebensrecht zu schützen, gezogen war.

Die Lügen von Deutschlands Kriegsschuld.

Denn weder der Kaiser, noch die Regierung, noch das Volk haben diesen Krieg gewollt. Nur der Zerfall der Nation, der allgemeine Zusammenbruch zwangen ein schwaches Geschlecht, wider das eigene bessere Wissen und gegen die heiligste innere Überzeugung die Behauptung unserer Kriegsschuld hinzunehmen.

Diesem Zusammenbruch aber folgte der Verfall auf allen Gebieten. Machtpolitisch, moralisch, kulturell und wirtschaftlich sank unser Volk tiefer und tiefer.

Das schlimmste war die bewußte Zerstörung des Glaubens an die eigene Kraft, die Entwürdigung unserer Traditionen und damit die Vernichtung der Grundlagen eines festen Vertrauens.

Krisen ohne Ende haben unser Volk seitdem zerrüttet.

Aber auch die übrige Welt ist durch das politische und wirtschaftliche Herausbrechen eines wesentlichen Gliedes ihrer Staatengemeinschaft nicht glücklicher und nicht reicher geworden. Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnsinn der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft.

Während so das deutsche Volk und Deutsche Reich in inneren politischen Zwiespalt und Hader versanken, die Wirtschaft dem Elend entgegentrieb, begann die neue Sammlung der deutschen Menschen, die in gläubigem Vertrauen auf das eigene Volk dieses zu einer neuen Gemeinschaft formen wollen.

Diesem jungen Deutschland haben Sie, Herr Generalfeldmarschall, am 30. Januar 1933 in großherzigem Entschluß die Führung des Reiches anvertraut.

Appell an die Nation.

In der Überzeugung, daß aber auch das Volk selbst seine Zustimmung zur neuen Ordnung des deutschen Lebens erteilen muß, richteten wir Männer dieser nationalen Regierung einen letzten Appell an die deutsche Nation.

Am 5. März hat sich das Volk entschieden und in seiner Mehrheit zu uns bekannt. In einer einzigartigen Erhebung hat es in wenigen Wochen die nationale Ehre wiederhergestellt und dank Ihrem Verstehen, Herr Reichspräsident, die Vermählung vollzogen zwischen den Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft.

Indem nun aber die nationale Regierung in dieser feierlichen Stunde zum erstenmal vor den neuen Reichstag hintritt, bekundet sie zugleich ihren

unerschütterlichen Willen, das große Werk der Reorganisation des deutschen Volkes und des Reichs in Angriff zu nehmen und entschlossen durchzuführen.

Im Bewußtsein, im Sinne des Willens der Nation zu handeln, erwartet die nationale Regierung von den Parteien der Volksvertretung, daß sie nach fünfzehnjähriger deutscher Not sich emporheben mögen über die Beengtheit eines doktrinären parteimäßigen Denkens, um sich dem eisernen Zwang unterzuordnen, den die Not und ihre drohenden Folgen uns allen auferlegen.

Denn die Arbeit, die das Schicksal von uns fordert, muß sich turmhoch erheben über den Rahmen und das Wesen kleiner tagespolitischer Aushilfen.

Wir wollen wiederherstellen die Einheit des Geistes und des Willens der deutschen Nation!

Wir wollen wahren die ewigen Fundamente unseres Lebens:

Unser Volkstum und die ihm gegebenen Kräfte und Werte.

Wir wollen die Organisation und die Führung unseres Staates wieder jenen Grundsätzen unterwerfen, die zu allen Zeiten die Vorbedingungen der Größe der Völker und Reiche waren.

Wir wollen das Vertrauen in die gesunden, weil natürlichen und richtigen Grundsätze der Lebensführung verbinden mit einer Stetigkeit der politischen Entwicklung im Inneren und Äußeren.

Wir wollen an die Stelle des ewigen Schwankens die Festigkeit einer Regierung setzen, die unserem Volke damit wieder eine unerschütterliche Autorität geben soll.

Wir wollen alle die Erfahrungen berücksichtigen, sowohl im Einzel- und im Gemeinschaftsleben wie aber auch in unserer Wirtschaft, die sich in Jahrtausenden als nützlich für die Wohlfahrt der Menschen erwiesen haben.

Wir wollen wiederherstellen das Primat der Politik, die berufen ist, den Lebenskampf der Nation zu organisieren und zu leiten.

Wir wollen aber auch alle wirklich lebendigen Kräfte des Volkes als die tragenden Faktoren der deutschen Zukunft erfassen, wollen uns redlich bemühen, diejenigen zusammenzufügen, die eines guten Willens sind, und diejenigen unschädlich zu machen, die dem deutschen Volk zu schaden versuchen.

Aufbauen wollen wir eine andere Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, den Berufen und den bisherigen Klassen. Sie soll zu jenem gerechten Ausgleich der Lebensinteressen befähigt sein, der des gesamten Volkes Zukunft erfordert. Aus Bauern, Bürgern und Arbeitern muß wieder werden ein deutsches Volk.

Es soll dann für ewige Zeiten in seine treue Verwahrung nehmen unseren Glauben und unsere Kultur, unsere Ehre und unsere Freiheit.

Der Welt gegenüber aber wollen wir, die Opfer des Krieges von einst ermessend, aufrichtige Freunde sein eines Friedens, der endlich die Wunden heilen soll, unter denen alle leiden.

Die Regierung der nationalen Erhebung ist entschlossen, ihre vor dem deutschen Volke übernommene Aufgabe zu erfüllen. Sie tritt daher heute vor den Deutschen Reichstag mit dem heißen Wunsch, in ihm eine *Stütze zu finden für die Durchführung ihrer Mission.* Mögen Sie, meine Männer und Frauen, als gewählte Vertreter des Volkes den Sinn der Zeit erkennen, um *mitzuhelfen am großen Werk der nationalen Wiedererhebung.*

Hindenburg als Symbol.

In unserer Mitte befindet sich heute ein greises Haupt. *Wir erheben uns vor Ihnen, Herr Generalfeldmarschall.*

Dreimal kämpften Sie auf dem Felde der Ehre für das Dasein und die Zukunft unseres Volkes.

Als *Leutnant in den Armeen des Königs* für die deutsche Einheit, in den *Heeren des alten deutschen Kaisers* für des Reiches glanzvolle Aufrichtung, im *größten Kriege aller Zeiten* aber als unser Generalfeldmarschall für den Bestand des Reiches und für die Freiheit unseres Volkes.

Sie *erlebten* einst *des Reiches Werden,* sahen vor sich noch *des Großen Kanzlers Werk,* den *wunderbaren Aufstieg unseres Volkes,* und haben uns endlich *geführt in der großen Zeit, die das Schicksal uns selbst miterleben und mit durchkämpfen ließ.*

Hindenburg Schirmherr der nationalen Erhebung.

Heute, Herr Generalfeldmarschall, läßt Sie die Vorsehung *Schirmherr* sein über *die neue Erhebung* unseres Volkes. Dies Ihr wundersames Leben ist für uns alle ein *Symbol der unzerstörbaren Lebenskraft der deutschen Nation.* So dankt Ihnen des deutschen Volkes Jugend und wir alle mit, die wir *Ihre Zustimmung* zum Werk der deutschen Erhebung als *Segnung empfinden.* Möge sich diese Kraft auch mitteilen der nunmehr *eröffneten neuen Vertretung unseres Volkes.*

Möge uns dann aber auch die Vorsehung verleihen jenen Mut und jene Beharrlichkeit, die wir in diesem für jeden Deutschen geheiligten Raum um uns spüren als für unseres Volkes Freiheit und Größe ringende Menschen zu Füßen der Bahre seines größten Königs.

Reichskanzler Adolf Hitler

vor dem Reichstag am 23. März 1933*).

Männer und Frauen des Deutschen Reichstages!

Im Einvernehmen mit der Reichsregierung haben die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei und die Deutschnationale Volkspartei Ihnen durch einen Initiativantrag ein *Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich* zur Beschlußfassung unterbreitet. Die *Gründe* für diesen außerordentlichen Vorgang sind folgende:

*) Offizieller Wortlaut.

Im November 1918 rissen marxistische Organisationen durch eine Revolution die vollziehende Gewalt an sich. Die Monarchen wurden entthront, die Reichs- und Landesbehörden abgesetzt und damit die Verfassung gebrochen. Das Gelingen der Revolution im materiellen Sinne sicherte die Attentäter vor dem Zugriff der Justiz. Die moralische Legitimierung suchten sie in der Behauptung, Deutschland bzw. seine Regierung trügen

die Schuld am Ausbruch des Krieges.

Diese Behauptung war wissentlich und sachlich falsch. In der Folge führten aber diese im Interesse unserer damaligen Feinde liegenden unwahren Anschuldigungen zur schärfsten Unterdrückung des gesamten deutschen Volkes und der Bruch der uns in den 14 Punkten Wilsons gemachten Zusicherungen dann für Deutschland, d. h. für das schaffende deutsche Volk, zu einer Zeit grenzenlosen Unglücks.

Alle die von den Männern des November 1918 gemachten Versprechungen erwiesen sich, wenn schon nicht als bewußte Irreführungen, so doch als nicht minder verdammenswerte Illusionen. Die „Errungenschaften der Revolution" waren, im Gesamten genommen, nur für kleinste Teile unseres Volkes angenehme, für die überwältigende Mehrheit aber, zumindest soweit sich diese durch ihre redliche Arbeit das tägliche Brot verdienen mußte, unendlich traurige. Daß hierfür der Selbsterhaltungstrieb der an dieser Entwicklung schuldigen Parteien und Männer tausend Beschönigungen und Ausreden findet, ist verständlich. Der nüchterne Vergleich der durchschnittlichen Ergebnisse der letzten vierzehn Jahre mit den einst proklamierten Versprechungen fällt für die verantwortlichen Regisseure dieses in der deutschen Geschichte beispiellosen Verbrechens vernichtend aus.

Unser Volk hat im Verlaufe der letzten 14 Jahre auf allen Gebieten des Lebens einen Verfall erlitten, der größer kaum vorstellbar ist. Die Frage, was überhaupt in dieser Zeit noch schlimmer hätte kommen können, ist unter Berücksichtigung der Grundwerte unseres deutschen Volkes sowie der einst vorhanden gewesenen politischen und wirtschaftlichen Erbmasse nicht zu beantworten.

Das deutsche Volk selbst hat trotz seiner schweren Beweglichkeit in politischen Empfindungen und Stellungnahmen sich steigend von den in seinen Augen für diese Zustände verantwortlichen Auffassungen, Parteien und Verbänden abgewendet.

Die Zahl der innerlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Deutschen war trotz der suggestiven Bedeutung und rücksichtslosen Ausnutzung der Regierungsgewalt am Ende nur mehr ein Bruchteil der gesamten Nation.

Es ist weiter das charakteristische Merkmal dieser vierzehn Jahre gewesen, daß — abgesehen von natürlichen Schwankungen — die Linie der Entwicklung konstant nach unten führte. Diese deprimierende Erkenntnis war mit eine der Ursachen der allgemeinen Verzweif-

lung. Sie förderte die Einsicht über die Notwendigkeit einer gründlichen Abkehr von den Ideen, Organisationen und Männern, in denen man mit Recht allmählich die tieferen Ursachen unseres Verfalls zu erkennen begann.

Die nationalsozialistische Bewegung vermochte daher trotz furchtbarster Unterdrückung immer mehr Deutsche geistes- und willensmäßig zum Abwehrkampf zu erfassen. Sie hat im Verein mit den anderen nationalen Verbänden nunmehr innerhalb weniger Wochen die seit dem November 1918 herrschenden Mächte beseitigt und in einer Revolution die öffentliche Gewalt in die Hände der nationalen Regierung gelegt. Am 5. März hat das deutsche Volk diesem Akt seine Zustimmung erteilt.

Das Programm des Wiederaufbaus

von Volk und Reich ergibt sich aus der Größe der Not unseres politischen, moralischen und wirtschaftlichen Lebens. Erfüllt von der Überzeugung, daß dieser Zusammenbruch seine Ursachen in inneren Schäden unseres Volkskörpers hat, ist es das Ziel der Regierung der nationalen Revolution, diejenigen Gebrechen aus unserem völkischen Leben zu beseitigen, die auch in Zukunft jeden tatsächlichen Wiederaufstieg verhindern würden. Der durch die marxistische Irrlehre systematisch herbeigeführte Verfall der Nation in weltanschaulich unvereinbare Gegensätze bedeutet die Vernichtung der Basis eines möglichen Gemeinschaftslebens.

Die Auflösung ergreift alle Grundlagen der Gesellschaftsordnung. Die völlig gegensätzliche Einstellung der Einzelnen zu den Begriffen Staat, Gesellschaft, Religion, Moral, Familie, Wirtschaft reißt Differenzen auf, die zum Krieg aller gegen alle führen.

Ausgehend vom Liberalismus des vergangenen Jahrhunderts, findet diese Entwicklung naturgesetzlich ihr Ende im kommunistischen Chaos.

Die Mobilisierung primitivster Instinkte führt zu einer Verbindung zwischen den Auffassungen einer politischen Idee und den Handlungen wirklicher Verbrecher. Angefangen von Plünderungen, Brandstiftungen, Eisenbahnanschlägen, Attentaten und so fort, erhält alles in der kommunistischen Idee seine moralische Sanktion. Allein die Methode des individuellen Massenterrors hat die nationalsozialistische Bewegung im Laufe weniger Jahre über 350 Tote und Zehntausende von Verletzten gekostet.

Die Brandstiftung im Reichstag als mißglückter Versuch einer groß angelegten Aktion ist nur ein Zeichen dessen, was Europa vom Siege dieser teuflischen Lehre zu erwarten hätte. Wenn eine bestimmte Presse, besonders außerhalb Deutschlands, heute versucht, entsprechend der durch den Kommunismus zum Prinzip erhobenen politischen Unwahrheit die nationale Erhebung Deutschlands mit dieser Schandtat zu identifizieren, so kann mich das nur in meinem Beschlusse bestärken, nichts unversucht zu lassen, um in kürzester Zeit dieses Ver-

brechen durch die *öffentliche Hinrichtung des schuldigen Brandstifters und seiner Komplicen zu sühnen!*

Der ganze *Umfang* der beabsichtigten Aktion dieser Organisation ist *weder dem deutschen Volk* noch *der übrigen Welt genügend zum Bewußtsein gekommen.* Nur durch ihr blitzschnelles Zufassen hat die Regierung eine *Entwicklung* verhindert, die bei einem *katastrophalen Ausgang ganz Europa erschüttert haben würde.* Manche von denen, die sich heute aus Haß gegen die nationale Erhebung innerhalb und außerhalb Deutschlands mit den *Interessen des Kommunismus verbrüdern,* würden selbst die Opfer einer solchen Entwicklung geworden sein.

Es wird die oberste Aufgabe der nationalen Regierung sein, diese Erscheinung nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse des übrigen Europas *in unserem Lande restlos auszurotten und zu beseitigen.*

Sie wird nicht die Erkenntnis aus dem Auge verlieren, daß es sich dabei nicht um das *negative Problem* dieser Organisationen handelt, sondern um die Durchführung der *positiven Aufgabe der Gewinnung des deutschen Arbeiters für den nationalen Staat.* Nur die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft, die sich über die Interessen und Gegensätze der Stände und Klassen erhebt, vermag allein auf die Dauer diesen Verirrungen des menschlichen Geistes den Nährboden zu entziehen. Die Errichtung einer solchen *weltanschaulichen Geschlossenheit* des deutschen Volkskörpers ist um so wichtiger, als nur durch sie die *Möglichkeit der Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den außerdeutschen Mächten* ohne Rücksicht auf die sie beherrschenden Tendenzen oder weltanschaulichen Grundsätze gegeben ist, denn die *Beseitigung des Kommunismus in Deutschland* ist nur eine *innerdeutsche Angelegenheit.* Die übrige Welt mag daran ebensosehr interessiert sein, da der Ausbruch eines kommunistischen Chaos in dem dicht besiedelten Deutschen Reiche zu politischen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen besonders im übrigen westlichen Europa führen würde, deren Ausmaße unvorstellbar sind. Der innere Zerfall unserer Volksgemeinschaft führte zwangsläufig zu einer immer bedenklicher werdenden *Schwächung der Autorität der obersten Staatsführung.* Das Sinken des Ansehens der Reichsregierung, das sich aus solchen unsicheren inneren Verhältnissen zwangsläufig ergeben mußte, führte bei verschiedenen Parteien in einzelnen Ländern zu Vorstellungen, die mit der Einheit des Reichs unverträglich sind. Alle Rücksichtnahme auf die Traditionen der Länder kann die bittere Erkenntnis nicht beseitigen, daß das Ausmaß der Zersplitterung des staatlichen Lebens in der Vergangenheit der Welt- und Lebensstellung unseres Volkes nicht nur nicht nützlich, sondern wahrhaft abträglich war.

Es ist nicht die Aufgabe einer überlegenen Staatsführung, nachträglich das organisch Gewachsene nun dem theoretischen Prinzip einer *zügellosen Unitarisierung auszuliefern.* Es ist aber ihre Pflicht, *diese geistige, willensmäßige Einheit der Führung der Nation und damit den Reichsgedanken an sich über jeden Zweifel zu erheben.*

Die Wohlfahrt unserer Kommunen und Länder bedarf genau so wie die Existenz des einzelnen deutschen Menschen des staatlichen Schutzes. Die Reichsregierung beabsichtigt daher nicht, durch Ermächtigungsgesetz die Länder aufzuheben. Wohl aber wird sie diejenigen Maßnahmen treffen, die von nun ab und für immer eine Gleichmäßigkeit der politischen Intention in Reich und Ländern gewährleisten. Je größer die geistige und willensmäßige Übereinstimmung ist, um so weniger Interesse kann für alle Zukunft für das Reich bestehen, das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der einzelnen Länder zu vergewaltigen. Vollends unmöglich ist der in letzter Zeit eingerissene Zustand einer gegenseitigen Herabsetzung von Länder- und Reichsregierungen unter Zuhilfenahme der modernen Mittel der Volkspropaganda. Ich werde unter keinen Umständen hinnehmen, und die Reichsregierung wird alle Maßnahmen dagegen treffen, daß in Zukunft jemals noch Minister deutscher Regierungen vor der Welt in öffentlichen Massenversammlungen, ja sogar unter Verwendung des Rundfunks sich gegenseitig anklagen oder heruntersetzen.

Es führt weiter zu einer völligen Entwertung der gesetzgebenden Körperschaften in den Augen des Volkes, wenn selbst unter Annahme normaler Zeiten innerhalb von vier Jahren entweder im Reich oder den einzelnen Ländern das Volk an die 20mal an die Wahlurne getrieben wird. Die Reichsregierung wird den Weg dazu finden, der das Ziel erreicht, daß die einmal gegebene Willensäußerung der Nation für Reich und Länder zu einheitlichen Konsequenzen führt.

Eine weitergehende

Reform des Reiches

wird sich nur aus der lebendigen Entwicklung ergeben können. Ihr Ziel muß die Konstruktion einer Verfassung sein, die den Willen des Volkes mit der Autorität einer wirklichen Führung verbindet. Die gesetzliche Legalisierung einer solchen Verfassungsreform wird dem Volke selbst zugebilligt.

Die Regierung der nationalen Revolution sieht es grundsätzlich als ihre Pflicht an, entsprechend dem Sinne des ihr gegebenen Vertrauensvotums des Volkes, diejenigen Elemente von der Einflußnahme auf die Gestaltung des Lebens der Nation fernzuhalten, die bewußt und mit Absicht dieses Leben negieren. Die theoretische Gleichheit vor dem Gesetz kann nicht dazu führen, grundsätzliche Verächter der Gesetze unter Gleichheit zu tolerieren, ja aus demokratischen Doktrinen heraus die Freiheit der Nation ihnen auszuliefern. Die Regierung wird die Gleichheit vor dem Gesetz aber allen denen zubilligen, die in der Frontbildung unseres Volkes vor dieser Gefahr sich hinter die nationalen Interessen stellen und der Regierung ihre Unterstützung nicht versagen.

Überhaupt soll unsere nächste Aufgabe sein, die geistigen Führer dieser Vernichtungstendenzen zur Verantwortung zu ziehen, die verführten Opfer aber zu retten.

Wir sehen insbesondere in den Millionen deutscher Arbeiter, die diesen Ideen des Wahnsinns und der Selbstvernichtung huldigen, nur die Er-

gebnisse einer unverzeihlichen Schwäche der früheren Regierungen, die die Verbreitung der Ideen nicht verhinderten, deren praktische Verwirklichung sie selbst unter Strafe stellen mußten. Die Regierung wird sich in dem Entschluß, diese Frage zu lösen, von niemandem beirren lassen. Jetzt ist es Sache des Reichstags, seinerseits eine klare Stellung einzunehmen. Am Schicksal des Kommunismus und der sich mit ihm verbrüdernden anderen Organisationen ändert dies nichts. Die nationale Regierung trifft dabei ihre Maßnahmen unter keinem anderen Gesichtspunkt als dem, das deutsche Volk und insbesondere die Millionenmassen seiner arbeitenden Menschen vor namenlosem Elend zu bewahren.

Sie sieht daher die Frage einer

monarchistischen Restauration

schon aus dem Grunde des Vorhandenseins dieser Zustände zurzeit als undiskutabel an. Sie würde den Versuch einer Lösung dieses Problems auf eigene Faust in einzelnen Ländern als Angriff gegen die Reichseinheit ansehen müssen und demgemäß ihr Verhalten einrichten.

Gleichlaufend mit dieser politischen Entgiftung unseres öffentlichen Lebens wird die Reichsregierung eine durchgreifende

moralische Sanierung des Volkskörpers

vornehmen. Das gesamte Erziehungswesen, Theater, Film, Literatur, Presse, Rundfunk, sie werden alle Mittel zu diesem Zweck sein und demgemäß gewürdigt. Sie haben alle der Erhaltung der im Wesen unseres Volkstums lebenden Ewigkeitswerte zu dienen. Die Kunst wird stets Ausdruck und Spiegel der Sehnsucht und der Wirklichkeit einer Zeit sein. Die weltbürgerliche Beschaulichkeit ist im raschen Entschwinden begriffen. Der Heroismus erhebt sich leidenschaftlich als kommender Gestalter und Führer politischer Schicksale. Es ist Aufgabe der Kunst, Ausdruck dieses bestimmenden Zeitgeistes zu sein. Blut und Rasse werden wieder zur Quelle der künstlerischen Intuition werden. Es ist Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß gerade in einer Zeit beschränkter politischer Macht der innere Lebenswert und der Lebenswille der Nation einen um so gewaltigeren kulturellen Ausdruck finden. Dieser Entschluß verpflichtet zur dankbaren Bewunderung unserer großen Vergangenheit. Auf allen Gebieten unseres geschichtlichen und kulturellen Lebens muß die Brücke von dieser Vergangenheit zur Zukunft geschlagen werden. Die Ehrfurcht vor den großen Männern muß der deutschen Jugend wieder als heiliges Vermächtnis eingeprägt werden. Indem die Regierung entschlossen ist, die politische und moralische Entgiftung unseres öffentlichen Lebens vorzunehmen, schafft und sichert sie die Voraussetzungen für eine wirklich tiefe

Einkehr religiösen Lebens.

Die Vorteile personal-politischer Art, die sich aus Kompromissen mit atheistischen Organisationen ergeben mögen, wiegen nicht annähernd die Folgen auf, die in der Zerstörung allgemeiner sittlicher Grundwerte sichtbar werden.

Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen die wichtigsten Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren. Ihre Rechte sollen nicht angetastet werden. Sie erwartet aber und hofft, daß die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erneuerung unseres Volkes, die sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, umgekehrt die gleiche Würdigung erfährt. Sie wird allen anderen Konfessionen in objektiver Gerechtigkeit gegenübertreten. Sie kann aber nicht dulden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Rasse eine Entbindung von allgemeinen gesetzlichen Verpflichtungen sein könnte oder gar ein Freibrief für straflose Begehung oder Tolerierung von Verbrechen. Die Sorge der Regierung gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat; der Kampf gegen eine materialistische Weltanschauung, für eine wirkliche Volksgemeinschaft dient ebenso den Interessen der deutschen Nation wie dem Wohl unseres christlichen Glaubens.

Unser Rechtswesen

muß in erster Linie für Erhaltung dieser Volksgemeinschaft dienen. Der Unabsetzbarkeit der Richter auf der einen Seite muß eine Elastizität der Urteilsfindung zum Wohl der Gesellschaft entsprechen. Nicht das Individuum kann Mittelpunkt der gesetzlichen Sorge sein, sondern das Volk. Landes- und Volksverrat sollen künftig mit aller Rücksichtslosigkeit ausgetilgt werden. Der Boden der Existenz der Justiz kann kein anderer sein als der Boden der Existenz der Nation. Möge diese daher auch stets die Schwere der Entschließung derer berücksichtigen, die unter dem harten Zwang der Wirklichkeit das Leben der Nation verantwortlich zu gestalten haben.

Groß sind die Aufgaben der nationalen Regierung auf dem

Gebiete des wirtschaftlichen Lebens.

Hier wird ein Gesetz alles Handeln bestimmen; das Volk lebt nicht für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk!

Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der Interessen des deutschen Volkes nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch die stärkste Förderung der Privatinitiative und durch die Anerkennung des Eigentums.

Zwischen der produktiven Intention einerseits und der produktiven Arbeit andererseits muß ein gerechter Ausgleich hergestellt werden. Die Verwaltung soll die Ergebnisse der Fähigkeit, des Fleißes und der Arbeit durch Sparsamkeit respektieren. Auch das Problem unserer öffentlichen Finanzen ist nicht zuletzt das Problem einer sparsamen Verwaltung. Die in Aussicht genommene

Reform unseres Steuerwesens

muß zu einer Vereinfachung der Veranlagung und damit zu einer Verminderung der Kosten und der Lasten führen. Grundsätzlich soll die Steuermühle an den Strom und nicht an die Quellen gebaut werden. Im Zuge dieser Maßregeln muß eine Verminderung der Lasten durch Vereinfachung der Verwaltung eintreten. Diese im Reich und in den Ländern durchzuführende Reform des Steuerwesens ist aber nicht eine Frage des Augenblicks, sondern einer nach den Erfordernissen zu bemessenden Zeit.

Die Regierung wird grundsätzlich

Währungsexperimente vermeiden.

Vor allem aber stehen zwei Wirtschaftsaufgaben erster Ordnung vor uns, die Rettung des deutschen Bauern muß unter allen Umständen durchgeführt werden.

Die Vernichtung dieses Standes in unserem Volke würde zu den denkbar schärfsten Konsequenzen führen. Die Wiederherstellung der

Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe

mag für den Konsumenten hart sein. Das Schicksal aber, das das ganze deutsche Volk träfe, wenn der deutsche Bauer zugrunde ginge, wäre mit diesen Härten gar nicht zu vergleichen. Nur im Zusammenhang mit der unter allen Umständen zu erreichenden Rentabilität unserer Landwirtschaft kann die Frage eines Vollstreckungsschutzes bzw. einer Entschuldung gelöst werden. Würde diese nicht gelingen, so müßte die Vernichtung unserer Bauern nicht nur zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft überhaupt, sondern vor allem zum Zusammenbruch des deutschen Volkskörpers führen. Seine Gesunderhaltung ist aber auch die erste Voraussetzung für das Blühen und Gedeihen unserer Industrie, des deutschen Binnenhandels und des deutschen Exports. Ohne das Gegengewicht des deutschen Bauerntums hätte der kommunistische Wahnsinn schon jetzt Deutschland überrannt und damit die deutsche Wirtschaft endgültig vernichtet. Was die Gesamtwirtschaft einschließlich unserer Exportindustrie dem gesunden Sinn des deutschen Bauern verdankt, kann überhaupt durch kein Opfer geschäftlicher Art abgegolten werden. Es muß daher auch der weiteren Besiedlung des deutschen Bodens in Zukunft unsere größte Sorge gelten.

Im übrigen ist sich die nationale Regierung darüber im klaren, daß die endgültige Behebung der Not sowohl der bäuerlichen wie der städtischen Wirtschaft abhängt von der

Eingliederung der Arbeitslosen-Armee in den Produktionsprozeß.

Hierin liegt die zweite, gewaltigste wirtschaftliche Aufgabe. Sie kann nur gelöst werden durch eine allgemeine Befriedung unter Durchsetzung gesunder natürlicher wirtschaftlicher Grundsätze und aller Maßnahmen, die notwendig sind, auch wenn sie, im Augenblick gesehen, auf keine Popularität rechnen können. Arbeitsbeschaffung und Arbeitsdienstpflicht sind hierbei nur Einzelmaßnahmen im Rahmen des Gesamtangriffs.

Ähnlich wie zu den deutschen Bauern ist die

Einstellung der nationalen Regierung zum Mittelstand.

Seine Rettung kann nur im Zuge der allgemeinen Wirtschaftspolitik erfolgen. Die nationale Regierung ist entschlossen, diese Frage durchgreifend zu lösen. Sie erkennt es als ihre geschichtliche Aufgabe, die Millionen deutscher Arbeiter im Kampfe um ihre Daseinsrechte zu stützen und zu fördern. Als Kanzler und Nationalsozialist fühle ich mich ihnen als den einstigen Gefährten meiner Jugend verbunden. Die Steigerung der Konsumkraft dieser Massen wird ein wesentliches Mittel der wirtschaftlichen Belebung sein. Unter Aufrechterhaltung unserer

Sozialgesetzgebung

wird ein erster Schritt zu ihrer Reform stattfinden müssen. Grundsätzlich soll aber die Nutzbarmachung jeder Arbeitskraft im Dienste der Allgemeinheit erfolgen. Das Brachliegenlassen von Millionen menschlicher Arbeitsstunden ist ein Wahnsinn und ein Verbrechen, das zur Verarmung aller führen muß. Ganz gleich, welche Werte durch eine Verwendung unserer überschüssigen Arbeitskraft geschaffen worden wären, sie würden für Millionen Menschen, die heute in Not und Elend verkommen, unentbehrliche Lebensgüter darstellen können. Es muß und wird der organisatorischen Fähigkeit unseres Volkes gelingen, diese Frage zu lösen.

Wir wissen, daß die geographische Lage des rohstoffarmen Deutschlands eine

Autarkie

für unser Reich nicht vollkommen zuläßt. Es muß immer wieder betont werden, daß der Reichsregierung nichts ferner liegt als *Exportfeindlichkeit*. Wir wissen, daß wir die Verbindung mit der Welt nötig haben, und daß der Absatz deutscher Ware in der Welt viele Millionen deutscher Volksgenossen ernährt.

Wir wissen aber auch, welches die Voraussetzungen für einen gesunden *Leistungs-Austausch* zwischen den Völkern der Erde sind. Denn Deutschland ist jahrelang *gezwungen* gewesen zu *Leistungen ohne Gegenleistungen*. Daraus ergibt sich, daß die Aufgabe, Deutschland als ein tätiges Glied des Warenaustausches zu erhalten, weniger eine handelspolitische als eine *finanzpolitische* ist. Solange man uns eine *sachgemäße* und unserer *Kraft* entsprechende *Regelung unserer Auslandsschulden nicht zugebilligt* hat, sind wir leider zur *Aufrechterhaltung unserer Devisen-Zwangswirtschaft gezwungen*. Die Reichsregierung ist auch um deswillen verpflichtet, den gegen den Abfluß des Kapitals über die Grenzen errichteten Damm aufrechtzuerhalten. Wenn die Reichsregierung sich von diesen Grundsätzen leiten läßt, ist bestimmt zu erwarten, daß *wachsendes Verständnis des Auslandes die Eingliederung unseres Reiches in den friedlichen Wettbewerb der Nationen erleichtert*.

Um die Förderung des Verkehrs

bis zu einem vernünftigen Ausgleich aller Verkehrsinteressen zu führen, wird schon zu Beginn des kommenden Monats durch eine *Reform der Kraftfahrzeugsteuer* der erste Schritt getan. Die *Erhaltung der Reichsbahn* und ihre möglichst *schnelle Zurückführung in die Macht des Reiches* ist eine Aufgabe, die uns nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch verpflichtet. Die *Entwicklung des Luftver-*

kehrs als eines Mittels der friedlichen Verbindung der Völker untereinander wird die nationale Regierung mit Eifer pflegen.

Bei all dieser Tätigkeit bedarf die Regierung der Unterstützung nicht nur der allgemeinen Kräfte in unserem Volk, die in weitestem Umfang sie heranzuziehen entschlossen ist, sondern auch der hingebenden Treue und Arbeit des Berufsbeamtentums. Nur bei zwingendster Not der öffentlichen Finanzen sollen Eingriffe stattfinden, allein auch dann wird strenge Gerechtigkeit das oberste Gesetz unseres Handelns sein.

Der Schutz der Grenzen des Reiches und damit des Lebens unseres Volkes und der Existenz unserer Wirtschaft liegt heute bei unserer Reichswehr, die entsprechend den uns im Versailler Vertrag auferlegten Bestimmungen als

einzige wirklich abgerüstete Armee

in der Welt anzusehen ist. Trotz der dadurch bedingten Kleinheit und gänzlich ungenügenden Bewaffnung darf das deutsche Volk in stolzer Befriedigung auf seine Reichswehr sehen. Unter schwersten Verhältnissen ist dieses kleine Instrument unserer nationalen Selbstverteidigung entstanden. In seinem Geiste ist es der Träger unserer besten soldatischen Traditionen. In peinlicher Gewissenhaftigkeit hat das deutsche Volk aber damit seine ihm im Friedensvertrag auferlegten Pflichten erfüllt, ja, selbst der uns damals genehmigte Ersatz der Schiffe unserer Flotte ist — ich darf wohl sagen: leider — nur zu einem kleinen Teil durchgeführt worden.

Deutschland wartet seit Jahren vergebens auf die Einlösung des uns gegebenen Abrüstungsversprechens der anderen. Es ist der aufrichtige Wunsch der nationalen Regierung, von einer Vermehrung des deutschen Heeres und unserer Waffen absehen zu können, sofern endlich auch die übrige Welt geneigt ist, ihre Verpflichtung zu einer radikalen Abrüstung zu vollziehen. Denn Deutschland will nichts als

gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheit.

Zu diesem Geist des Freiheitswillens allerdings will die nationale Regierung das deutsche Volk erziehen. Die Ehre der Nation, die Ehre unserer Armee, das Ideal der Freiheit, sie müssen dem deutschen Volke wieder heilig werden!

Das deutsche Volk will mit der Welt in Frieden leben.

Die Reichsregierung wird aber gerade deshalb mit allen Mitteln für die endgültige Beseitigung der Trennung der Völker der Erde in zwei Kategorien eintreten. Die Offenhaltung dieser Wunde führt den einen zum Mißtrauen, den anderen zum Haß und damit zu einer allgemeinen Unsicherheit. Die nationale Regierung ist bereit, jedem Volk die Hand zu aufrichtiger Verständigung zu reichen, das gewillt ist, die traurige Vergangenheit einmal grundsätzlich abzuschließen. Die

Not der Welt kann nur vergehen, wenn durch stabile politische Verhältnisse die Grundlage geschaffen wird, und wenn die Völker untereinander wieder Vertrauen gewinnen.

Zur Behebung der Wirtschaftskatastrophe

ist notwendig:

1. eine unbedingt autoritäre Führung im Innern zur Herstellung des Vertrauens in die Stabilität der Verhältnisse,

2. eine Sicherstellung des Friedens durch die großen Nationen auf lange Sicht zur Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander,

3. der endgültige Sieg der Grundsätze der Vernunft in der Organisation und Führung der Wirtschaft sowie eine allgemeine Entlastung von Reparationen und unmöglichen Schuld- und Zinsverpflichtungen.

Leider stehen wir vor der Tatsache, daß

die Genfer Konferenz

trotz langer Verhandlungen bisher kein praktisches Ergebnis erzielt hat. Die Entscheidung über die Herbeiführung einer wirklichen Abrüstungsmaßnahme ist immer wieder durch das Aufwerfen technischer Einzelfragen und durch das Hineinziehen von Problemen, die mit der Abrüstung nichts zu tun haben, verzögert worden. Dieses Verfahren ist untauglich.

Der rechtswidrige Zustand der einseitigen Abrüstung und der daraus resultierenden nationalen Unsicherheit Deutschlands kann nicht länger dauern.

Als ein Zeichen der Verantwortung und des guten Willens erkennen wir es an, daß die britische Regierung durch ihren Abrüstungsvorschlag den Versuch gemacht hat, die Konferenz endlich zu schnellen Entscheidungen zu bringen. Die Reichsregierung wird jede Bemühung unterstützen, die darauf gerichtet ist, die allgemeine Abrüstung wirksam durchzuführen und den längst fälligen Anspruch Deutschlands auf Abrüstung sicherzustellen. Seit vierzehn Jahren sind wir abgerüstet, und seit vierzehn Monaten warten wir auf das Ergebnis der Abrüstungskonferenz. Umfassender noch ist der Plan des Chefs der italienischen Regierung, der großzügig und weitblickend versucht, der gesamteuropäischen Politik eine ruhige und folgerichtige Entwicklung zu sichern. Wir messen diesem Plan ernsteste Bedeutung bei, wir sind bereit, auf seiner Grundlage in voller Aufrichtigkeit mitzuarbeiten, um die vier großen Mächte, England, Frankreich, Italien und Deutschland, zu einer friedlichen Zusammenarbeit zusammenzuschließen, die mutig und entschlossen an die Aufgaben herangeht, von deren Lösung das Schicksal Europas abhängt.

Aus diesem Anlaß empfinden wir besonders dankbar die verständnisvolle Herzlichkeit, mit der in Italien die nationale Erhebung Deutschlands begrüßt worden ist. Wir wünschen und hoffen, daß die Gleichheit der geistigen Ideale die Grundlage für eine stetige Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sein wird.

Ebenso legt die Reichsregierung, die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente der Moral und Sittlichkeit des Volkes sieht, größten Wert auf freundschaftliche Beziehungen zum Heiligen Stuhl und sucht sie auszugestalten. Gegenüber unserem Brudervolk Österreich empfinden wir das Gefühl der Anteilnahme an seinen Sorgen und Nöten. Die Reichsregierung ist sich in ihrem Tun und Handeln der Verbundenheit des Schicksals aller deutschen Stämme bewußt. Die Einstellung zu den übrigen einzelnen fremden Mächten ergibt sich aus dem bereits Erwähnten. Aber auch da, wo die gegenseitigen Beziehungen schon mit Schwierigkeiten behaftet sind, werden wir uns um einen Ausgleich bemühen. Allerdings kann die Grundlage einer Verständigung niemals die Unterscheidung in Sieger und Besiegte sein.

Wir sind aber der Überzeugung, daß ein solcher Ausgleich in unserem Verhältnis zu Frankreich möglich ist, wenn die Regierungen die sie betreffenden Probleme beiderseits wirklich weitschauend in Angriff nehmen. Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrußland in der Lage. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, in den wir Einmischungen von außen niemals dulden werden. Die staatspolitischen Beziehungen zu anderen Mächten, mit denen uns gemeinsame Interessen verbinden, werden davon nicht berührt. Unser Verhältnis zu den übrigen Ländern verdient auch in Zukunft unsere ernsteste Aufmerksamkeit, insbesondere unser Verhältnis zu den großen überseeischen Staaten, mit denen Deutschland seit langem freundschaftliche Bande und wirtschaftliche Interessen verbunden haben.

Besonders am Herzen liegt uns das Schicksal der außerhalb der Reichsgrenzen lebenden Deutschen, die durch Sprache, Kultur und Sitte mit uns verbunden sind und um diese Güter schwer kämpfen. Die nationale Regierung ist entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die den deutschen Minderheiten international garantierten Rechte einzutreten.

Wir begrüßen den Plan der

Weltwirtschaftskonferenz

und sind mit ihrem baldigen Zusammentritt einverstanden. Die Reichsregierung ist bereit, an dieser Konferenz mitzuarbeiten, um endlich positive Ergebnisse zu erlangen.

Die wichtigste Frage ist das

Problem unserer kurz- und langfristigen äußeren Verschuldung.

Die völlige Veränderung der Verhältnisse auf den Warenmärkten der Welt erfordert eine Anpassung. Nur aus einer vertrauensvollen Zusammenarbeit kann eine wirkliche Behebung der allgemeinen Sorgen erwachsen. Zehn Jahre eines aufrichtigen Friedens werden für die

Wohlfahrt aller Nationen nützlicher sein als ein 30 Jahre langes Verrennen in die Begriffe von Sieger und Besiegten.

Um sich in die Lage zu versetzen, die Aufgaben zu erfüllen, die in diesem Rahmen liegen, hat die Regierung im Reichstag durch die beiden Parteien der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen

das Ermächtigungsgesetz

einbringen lassen. Ein Teil der beabsichtigten Maßnahmen erfordert die verfassungsändernde Mehrheit. Die Durchführung dieser Aufgaben und ihre Lösung ist notwendig. Es würde dem Sinne der nationalen Erhebung widersprechen und für den beabsichtigten Zweck nicht genügen, wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstags erhandeln und erbitten. Die Regierung wird dabei nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag als solchen aufzugeben. Im Gegenteil, sie behält sich auch für die Zukunft vor, den Reichstag über ihre Maßnahmen zu unterrichten oder seine Zustimmung einzuholen.

Die Autorität und die Erfüllung der Aufgaben würden aber leiden, wenn im Volke Zweifel an der Stabilität des neuen Regiments entstehen könnten. Die Reichsregierung hält eine weitere Tagung des Reichstages im heutigen Zustande der tiefgehenden Erregung der Nation für unmöglich. Es ist kaum eine Revolution von so großem Ausmaß so diszipliniert und unblutig verlaufen wie diese Erhebung des deutschen Volkes in diesen Wochen. Es ist mein Wille und meine feste Absicht, für diese ruhige Entwicklung auch in Zukunft zu sorgen.

Allein um so notwendiger ist es, daß der nationalen Regierung jene souveräne Stellung gegeben wird, die in einer solchen Zeit allein geeignet ist, eine andere Entwicklung zu verhindern. Die Regierung wird von dieser Ermächtigung nur insoweit Gebrauch machen, als dies zur Durchführung der lebensnotwendigen Maßnahmen erforderlich ist. Es ist weder die Existenz des Reichstages noch die des Reichsrats bedroht. Stellung und Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt. Die innere Übereinstimmung mit seinen Zielen herbeizuführen, wird stets die oberste Aufgabe der Regierung sein. Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt. Die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert und ihre Stellung zum Staat nicht geändert. Die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetz die Zuflucht zu nehmen, ist an sich eine begrenzte. Um so mehr aber besteht die Regierung auf eine Verabschiedung des Gesetzes. Sie zieht in jedem Falle eine klare Entscheidung vor. Sie bietet den Parteien des Reichstages die Möglichkeit einer ruhigen Entwicklung und einer sich daraus in Zukunft anbahnenden Verständigung. Die Regierung ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen.

Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst entscheiden über Frieden oder Krieg!

◆

Reichskanzler Adolf Hitler

vor der deutschen Landwirtschaft am 5. April im Herrenhaus.

Herr Präsident! Meine Herren!

Wenn wir heute wieder unter der alten schwarz-weiß-roten Flagge und unter dem Symbol der nationalen Wiedergeburt in Deutschland tagen können, so trägt an dieser historischen Wendung unseres Schicksals der deutsche Bauer vielleicht den größten Anteil. Man redet so viel von den Motiven, die im einzelnen das Handeln von Regierungen bestimmen, und übersieht hierbei nur zu leicht, daß alle Maßnahmen in gewissen Zeiten eine gleiche Wurzel haben. Auch die Handlungen hinter uns liegender Jahre sind von einer Wurzel ausgegangen, und genau so werden die jener Zeit, die nun vor uns liegt, von einer Wurzel ihren Ausgang nehmen müssen.

Wenn ich hier für die nationale Regierung spreche, so will ich von der Tendenz reden, deren diese bedarf. Wir bezeichnen uns heute als eine Regierung der deutschen Erhebung, der nationalen Revolution. Wir wollen damit sagen, daß diese Regierung sich ganz bewußt als eine Vertretung der deutschen Volksinteressen ansieht und fühlt. Sie muß damit auch eine Vertretung des deutschen Bauerntums sein. Denn ich kann mich nicht für die Interessen eines Volkes einsetzen, wenn ich am Ende nicht in dem Stand die wichtigste Kraft erkenne, der tatsächlich die Zukunft der Nation bedeutet.

Wenn ich über alle wirtschaftlichen Einzelerscheinungen der Zeit, über alle politischen Wandlungen hinsehe, so bleibt am Ende doch immer wesentlich die Frage der Erhaltung des Volkstums an sich. Sie wird nur dann günstig beantwortet werden können, wenn das Problem der Erhaltung des Bauerntums gelöst worden ist. Daß ein Volk ohne Städter bestehen konnte, zeigt uns die Geschichte, daß es nicht ohne Bauern zu leben vermag, hätte die Geschichte einst bewiesen, wenn das alte System geblieben wäre. Alle Schwankungen sind am Ende zu ertragen, alle Schicksalsschläge zu überwinden, wenn ein gesundes Bauerntum vorhanden ist. Solange sich ein Volk auf ein starkes Bauerntum zurückziehen kann, wird es immer und immer wieder aus diesem heraus neue Kraft schöpfen. Glauben Sie mir, die Erhebung, die hinter uns liegt, sie wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht immer ein Teil des Volkes auf dem Lande in unseren Reihen gestanden hätte. Es wäre unmöglich gewesen, in den Städten allein jene Ausgangsstellungen zu erobern, die uns auch in unserm Handeln das Gewicht der Legalität gegeben haben. Das deutsche Volk verdankt darum die Erneuerung, die Erhebung und damit auch den Umschwung, der zur allgemeinen Gesundung der deutschen Verhältnisse führen wird, dem deutschen Bauern.

Jede Regierung, die die Bedeutung eines solchen tragenden Fundaments übersieht, kann nur eine Regierung für den Augenblick sein. Sie kann zwar einige Jahre herrschen und walten, aber sie wird niemals dauernde oder sogar ewige Erfolge erzielen. Denn diese erfordern, daß

immer und immer wieder die Notwendigkeit der Erhaltung des eigenen Lebensraumes und somit des eigenen Bauerntums begriffen wird. Eine solche Grunderkenntnis bedingt das Handeln auf zahlreichen Gebieten und das Wesen zahlloser Einzelentschlüsse; sie wird als Leitgedanke dienen und stets unserem ganzen Handeln und allen Entschlüssen vorausgehen. Man wird bei einem so grundsätzlichen Denken niemals den Boden unter den Füßen verlieren, immer wieder und zu allererst das Richtige treffen, auch wenn vorübergehend Menschen, die wir ja alle sind, das eine oder andere Mal nicht gerade das Richtige gewählt und gefunden haben. Ich glaube daher, daß diese Regierung, indem sie ihre Mission in der Erhaltung des deutschen Volkstums sieht, welches wiederum in seinen Belangen auf die Erhaltung des deutschen Bauern angewiesen ist, niemals falsche Entscheidungen treffen wird. Sie kann vielleicht hier und da in ihren Mitteln irren, im Grundsätzlichen wird sie es nie.

Es ist eine Frage des Mutes, nicht nur die Dinge so zu sehen wie sie sind. Man wird mit vielen alten Überlieferungen brechen müssen, wird in vielen Fällen gegen die öffentliche Meinung Stellung zu nehmen gezwungen sein. Man wird das um so mehr und eher können, je mehr der eine Block der Nation geschlossen hinter der Regierung steht. Eines aber ist unmöglich: daß am Ende ein Regiment gegen alle Richtungen zu fechten vermag. Wenn eine Regierung schon für die Erhaltung des deutschen Volkstums und damit auch für die Erhaltung des deutschen Bauern kämpft, dann muß gerade dieses deutsche Volkstum sich unbedingt zum Wollen und zu den Taten der Regierung bekennen. Das gibt ihr dann auch jene innere Stabilität, die sie braucht, um Entschlüsse zu treffen, die im Augenblick schwer zu verteidigen sind, die aber getroffen werden müssen und deren Erfolg im Anfang verblendeten Volksgenossen nicht sofort sichtbar werden kann, von denen man aber weiß, daß sie doch am Ende zur Rettung der gesamten Nation beitragen werden.

Wenn das deutsche Bauerntum heute einen großen Zusammenschluß gefunden hat, dann wird es gerade dadurch in Zukunft das Handeln der Regierung unerhört erleichtern, daß es seine gewaltigen Volksmassen hinter sie stellt. Ich glaube, in dieser Regierung sitzt kein Mann, der nicht von dem aufrichtigen Wunsche nach dieser engsten Zusammenarbeit erfüllt ist. Wir erblicken in der Lösung dieser Aufgabe zugleich die Rettung des deutschen Volkes in der Zukunft, nicht für 1933 oder 1934, sondern für die fernsten Zeiten. Wir sind willens, nunmehr diejenigen Maßnahmen zu treffen und in den nächsten Jahren durchzuführen, von denen wir wissen, daß sie spätere Geschlechter als grundsätzlich richtig erkennen und feststellen werden.

Es war höchste Zeit, daß man die Kraft fand, die Entschlüsse herbeizuführen, denen wir im tiefsten und letzten Sinne die Rettung der deutschen Nation verdanken.

Wir sind bereit, diesen schweren Kampf auf uns zu nehmen. Durch das Ermächtigungsgesetz ist zum ersten Male die Rettungsaktion für das deutsche Volk von den nur parteimäßig eingestellten Absichten und Rücksichten unserer bisherigen Volksvertretung befreit und losgelöst worden. Wir werden mit ihm nunmehr das tun können, was bei klarer Einsicht

und klarem Nachdenken für die Zukunft der Nation notwendig erscheint. Die rein gesetzmäßigen Voraussetzungen hierzu sind geschaffen. Es ist aber auch notwendig, daß an diesem Handeln das Volk selbst lebendigen Anteil nimmt. Es darf sich nicht einbilden, weil das Parlament nicht mehr hemmend in die Entscheidungen treten kann, brauche auch die Nation keinen Anteil mehr zu nehmen an der Gestaltung unseres Schicksals. Im Gegenteil, wir wollen, daß das deutsche Volk sich gerade jetzt auf sich selbst besinne und lebendig mitarbeitend hinter die Regierung tritt. Es muß dahin kommen, daß, wenn wir nach vier Jahren wieder an die Nation appellieren, wir uns nicht an Menschen wenden, die geschlafen haben, sondern ein Volk vorfinden, das in diesen Jahren endlich aus seiner parlamentarischen Hypnose erwachte und die Erkenntnisse besitzt, die zum Verstehen der ewigen Lebensvoraussetzungen notwendig sind.

Ich weiß, daß die Arbeit, die vor uns liegt, Aufgaben birgt von ungeheurer Schwere. Nicht nur, weil wir nach 15 Jahren des Außerachtlassens der natürlichsten Lebensvoraussetzungen wieder mit ganz einfachen Vernunftgrundsätzen beginnen müssen, sondern weil in dieser Zeit eine unerhörte Interessenverflechtung stattgefunden hat und kaum irgendein Schritt möglich erscheint, ohne daß man auf Korruptionen stößt, mit denen man sich auseinandersetzen muß, seien sie nun geistiger oder materieller Natur. Allein, gelöst werden muß diese Aufgabe und sie wird es auch. Wenn das deutsche Volk hinter sich Jahrtausende eines wechselvollen Schicksals kennt, so kann es nicht der Vorsehung Wille sein, daß vor uns gekämpft und geopfert wurde, damit kommende Geschlechter selbst ihr Leben verderben und nicht mehr eingehen können in die Jahrtausende der Zukunft. Das große Ringen der Vergangenheit wäre zwecklos gewesen, wenn unser Ringen um die Zukunft aufgegeben würde.

Was wir selbst an Opfern brachten für die Erhaltung des Deutschen Reiches, war schwer. Die Generation, die den Weltkrieg durchfocht, hat Unerhörtes gelitten. Es geht nicht an, dies nur allein zu rechnen, denn wir müssen auch das bedenken, was Generationen schon vor uns geleistet, gelitten und gestritten haben. Wir müssen die Gesamtsumme der Opfer rechnen, die vor uns bereits gebracht worden sind, nicht dafür, daß eine Generation vor dem Schicksal kapituliert und Geschlechter zukünftiger Zeiten damit erlöschen, sondern in der Hoffnung, daß jede Generation auch ihrerseits in der ewigen Geschlechterfolge ihre Pflicht erfüllt.

Heute steht die Forderung dieser Pflichterfüllung mahnend vor uns. 15 Jahre lang hat man sich schwer versündigt, ausnahmslos, die einen bewußt aktiv, die anderen passiv durch Duldung. An uns ist es, zusammen und geeint diese Zeit zu überwinden. Die Aufgabe kann noch so groß sein; wenn sie eben gelöst werden muß, so wird sie gelöst werden. Es gilt auch hier der ewige Grundsatz, daß dort, wo ein unbeugsamer Wille herrscht, auch eine Not gebrochen werden kann.

Reichskanzler Adolf Hitler

vor 2 Millionen Werktätiger am 1. Mai 1933
zum „Tag der Nationalen Arbeit“.

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Der Mai ist gekommen. So heißt es im deutschen Liede. Und durch viele Jahrhunderte war der Tag des Maianfangs nicht nur das Symbol des Einzugs des Frühlings in die Lande, es war auch der Tag der Freude, der festlichen Stimmung und Gesinnung. Es kam eine Zeit, die diesen Tag für sich in Anspruch nahm und den Tag des werdenden Lebens und hoffnungsvoller Freude verwandelte in einen Tag des Streites und des inneren Kampfes. Eine Lehre, die unser Volk ergriffen hatte, versuchte, den Tag der erwachenden Natur, des sichtbaren Frühlingseinzugs zu verwandeln in einen Tag des Hasses, des Bruderkampfes, des Zwistes und des Leides. Jahrzehnte sind über die deutschen Lande hinweggegangen, und immer mehr schien dieser Tag die Trennung und Zerrissenheit unseres Volkes dokumentieren zu sollen. Es kam aber endlich auch die Zeit der Besinnung, nachdem das tiefste Leid unser Volk ergriffen hatte, eine Zeit des Insichkehrens und des neuen Sichzusammenfindens deutscher Menschen.

Und heute können wir wieder mit dem alten Volkslied singen: Der Mai ist gekommen, unseres Volkes Erwachen ist da. Das Symbol des Klassenkampfes, des ewigen Streites und Haders wandelt sich nun wieder zum Symbol der großen Einigung und Erhebung der Nation. Und deshalb haben wir diesen Tag der erwachenden Natur für alle kommenden Zeiten gewählt als Tag der Wiedergewinnung unserer eigenen Kraft und Stärke und damit auch zugleich jener schaffenden Arbeit, die keine engen Grenzen kennt, nicht gebunden ist an die Gewerkschaft, an Fabriken und Kontore, einer Arbeit, die wir überall dort anerkennen und fördern wollen, wo sie in gutem Sinne für Sein und Leben unseres Volkes geleistet wird.

Das deutsche Volk hat eine grauenvolle Not hinter sich. Nicht als ob diese etwa mangelndem Fleiß zuzuschreiben wäre, nein! Millionen unseres Volkes, sie sind tätig wie früher, Millionen Bauern schreiten hinter dem Pflug wie einst, Millionen Arbeiter stehen am Schraubstock, am dröhnenden Amboß. Millionen unseres Volkes, sie sind tätig, und Millionen andere, sie wollen tätig sein, doch sie können es nicht! Zehntausende beenden freiwillig ein Dasein, das für sie nur Kummer und Elend zu bergen scheint. Sie tauschen es ein mit dem Jenseits, von dem sie sich mehr und Besseres erhoffen. Entsetzliches Leid und Unglück hat bei uns Einkehr gehalten und in seinem Gefolge Verzagtheit, ja Verzweiflung. Und wir fragen uns nun, weshalb?

Es ist eine politische Not. Das deutsche Volk in sich zerfallen, seine ganze Lebenskraft wird für den inneren Kampf verbraucht. Das Bauen auf die Stärke des eigenen Willens, die eigene Kraft ist geschwunden. Millionen schauen in die übrige Welt und hoffen, daß von dort her ihnen Glück und Heil zuteil werde. Das Volk zerfällt, und in diesem Zerfall schwindet seine Lebenskraft, die Kraft zur Lebensbehauptung. Die Ergebnisse dieses Klassenkampfes sehen wir um uns und unter uns,

und wir wollen daraus lernen. Denn eines haben wir als erste Voraussetzung für die Wiedergenesung unseres Volkes erkannt:

das deutsche Volk muß sich wieder gegenseitig kennenlernen!

Die Millionen Menschen, die in Berufe aufgeteilt, in künstlichen Klassen auseinandergehalten worden sind, die, vom Standesdünkel und Klassenwahnsinn befallen, einander nicht mehr verstehen können, sie müssen wieder den Weg *zueinander* finden! Eine ungeheure, gewaltige Aufgabe — wir wissen es! Wenn 70 Jahre hindurch der Wahnsinn als politische Idee vertreten und gepredigt wurde, wenn 70 Jahre lang die Zerstörung der Volksgemeinschaft politisches Gebot war, dann ist es schwer, mit einem Schlage den Sinn der Menschen wenden zu wollen. Wir dürfen trotzdem daran nicht verzagen und verzweifeln. Was Menschenhände bauten, können Menschenhände stürzen, was menschlicher Wahnsinn einst erfand, kann kluge Einsicht wieder überwinden.

Wir wissen, daß dieser Prozeß des Zueinanderfindens und gegenseitigen Verstehenlernens nicht eine Sache von Wochen oder Monaten, ja auch nur wenigen Jahren sein kann. Allein, wir haben den unerschütterlichen Willen, diese große Aufgabe vor der deutschen Geschichte zu erfüllen, haben den Entschluß, die deutschen Menschen wieder zueinander zu führen, und wenn es sein muß, sie zu zwingen.

Das ist der Sinn des 1. Mai, der von nun an die Jahrhunderte hindurch in Deutschland gefeiert werden soll, daß an ihm alle die, die im großen Räderwerk unserer schaffenden nationalen Arbeit tätig sind, zueinander finden und einmal im Jahre die Hände reichen mögen in der Erkenntnis, daß nichts geschehen kann, wenn nicht alle ihren Teil an Leistung und an Arbeit dabei vollbringen. Und so haben wir als Motto dieses Tages den Satz gewählt:

Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter!

Für Millionen ist es heute schwer, über all den Haß und die Mißverständnisse, die künstlich in der Vergangenheit gezüchtet worden sind, sich wieder zusammenzufinden. Es gibt eine Erkenntnis, die uns diesen Weg leicht beschreiten läßt. *Es mag einer tätig sein, wo immer — er soll und darf nie vergessen, daß sein Volksgenosse, der genau wie er seine Pflicht erfüllt, unentbehrlich ist, daß die Nation nicht besteht durch die Arbeit einer Regierung, einer bestimmten Klasse oder durch das Werk ihrer Intelligenz, sondern daß sie nur lebt durch die gemeinsame und harmonische Arbeit aller!* Wenn Millionen glauben, aus der Art der Arbeit im einzelnen einen Schluß ziehen zu können auf die Würdigkeit ihres Trägers, so ist dies ein bitterer Irrtum. Es gibt viele Zehntausende unter uns, die die Achtung vor dem einzelnen abhängig machen wollen von der *Art* jener Arbeit, die er verrichtet. Nein! Nicht, *was* er schafft, sondern *wie* er schafft, das muß entscheidend sein. Daß Millionen unter uns jahraus, jahrein fleißig sind, ohne jemals hoffen zu können, Reichtümer zu erwerben, ja, vielleicht nur ein sorgloses Leben zu gewinnen, das soll alle verpflichten, sich erst recht

zu ihnen zu bekennen. Denn ihr Idealismus und ihre Hingabe allein ermöglichen das Sein und das Leben der Gesamtheit. Wehe, wenn heute dieser Idealismus in unserem Volke vergehen und wenn des Menschen Wert nur bemessen werden sollte nach den äußeren Glücksgütern des Lebens, die auf ihn gefallen sind. Der Wert unseres Volkes würde dann kein großer mehr sein und sein Bestand kein langer.

Es ist nicht nützlich, dem Arbeiter seine Bedeutung zu erklären, dem Bauern die Notwendigkeit seiner Existenz zu beweisen, zum Intellektuellen zu gehen, zum Geistesarbeiter, um ihm die Wichtigkeit seines Tuns beizubringen. Notwendig ist, einem jeden Stand die Bedeutung des anderen zu lehren. Und so wollen wir denn in die Städte gehen, um ihnen die Notwendigkeit und das Wesen des deutschen Bauern zu verkünden, und auf das Land hinausgehen und zu unserer Intelligenz, um ihnen die Bedeutung des deutschen Arbeitertums beizubringen. Wir wollen gehen zum Arbeiter und zum Bauern, um sie zu belehren, daß es ohne deutschen Geist kein deutsches Leben gibt, daß sie alle zusammen eine große Gemeinschaft bilden müssen: Geist, Stirn und Faust, Arbeiter, Bauern und Bürger.

Dieser 1. Mai soll zugleich dem deutschen Volke die Erkenntnis vermitteln: Fleiß und Arbeit allein schaffen nicht das Leben, wenn sie sich nicht vermählen mit der Kraft und dem Willen eines Volkes. Fleiß und Arbeit, Kraft und Wille, wenn sie zusammen wirken, erst wenn hinter der Arbeit die starke Faust der Nation zu Schutz und Schirm sich erhebt, kann wirklicher Segen erwachsen.

Und weiter soll dieser Tag dem deutschen Volke zum Bewußtsein bringen: Deutsches Volk! Du bist stark, wenn Du eins wirst, wenn Du den Geist des Klassenkampfes und Deiner Zwietracht aus Deinem Herzen reißest. Du kannst hinter Deine Arbeit eine unerhörte Kraft stellen, wenn Du die Arbeit verbindest mit dem Lebenswillen Deines gesamten Volkstums!

Wir träumen von einem Staat deutscher Nation, der unserm Volk wieder das tägliche Brot auf Erden zu sichern vermag, und wir wissen, daß hierzu die geballte Kraft der Nation notwendig ist. Wenn heute der Marxismus höhnt, dies werde nie gelingen, so werden wir den Beweis liefern, daß es gelingt. Meine Freunde! Nichts, was groß ist auf dieser Welt, ist dem Menschen geschenkt worden. Alles muß bitter schwer erkämpft werden; auch die Erhebung eines Volkes wird nicht leichthin Wirklichkeit, auch sie muß innerlich errungen werden. Wir dürfen heute nicht klagen; wir wissen es, wir werden diese Erhebung uns verdienen, werden die Freiheit unseres Volkes erringen. Und es wird sich dann erweisen, wie sehr der Marxismus nur Theorie gewesen ist und als solche schön und verführerisch, aber in Wirklichkeit nicht Nutzen und Glück für ein Volk bringen konnte.

Dieser 1. Mai, er soll dokumentieren, daß wir nicht zerstören wollen, sondern aufzubauen gedenken. Man kann nicht den schönsten Frühlingstag des Jahres zum Symbol des Kampfes wählen, sondern nur zu dem einer aufbauenden Arbeit, nicht zum Zeichen der Zersetzung und damit des Verfalls, sondern nur zu dem

der völkischen Verbundenheit und damit des Emporstiegs. Es ist kein Zufall, daß es unseren Gegnern, die diesen Tag seit 70 Jahren feiern wollen, und die 14 Jahre lang in Deutschland an der Macht gewesen sind, trotz allem nicht gelungen ist, das deutsche Volk an diesem Tage so zu erfassen, wie wir es bereits am ersten zuwege brachten. Das Volk fühlt unbewußt in seinem Innern, daß jene Feiern marxistischer Art in Widerspruch standen zur Zeit der Frühlingswende. Es wollte nicht Haß, es wollte nicht Kampf, es wollte Erhebung! Und heute fühlt es: dem 1. Mai ist sein eigentlicher innerer Sinn wiedergegeben. Das ist der Grund, weshalb Millionen in ganz Deutschland freudig herausströmen, um Zeugnis abzulegen für einen Willen, der an diesem Aufbau der Nation teilhaben möchte. Und wenn wir heute zum ersten Male dieses Fest begehen, so wollen wir uns nun unsere Ziele vor Augen führen für die Zeit, die vor uns liegt:

Unverrückbar wollen wir kämpfen, daß die Macht, die der neue Gedanke, der neue politische Glaube in Deutschland erobert hat, nimmermehr entschwindet, sondern im Gegenteil immer fester und fester wird.

Wir wollen kämpfen dafür, daß die neue Idee siegreich über ganz Deutschland erhebt und allmählich das ganze deutsche Volk in die Gewalt ihres Bannes zieht. Wir wollen mutig und entschlossen diese Fahne der Auferstehung unseres Volkes verteidigen gegen jeden, der sie glaubt niederreißen zu können. Wir wollen das Selbstgefühl und das Selbstbewußtsein in unserm Volk neu erwecken und dauernd zu steigern versuchen. Wir kennen die Zeit, die hinter uns liegt, und ihre Repräsentanten. Sie haben mit Absicht unserm Volke die Vorstellung eingeimpft, als wäre es insgesamt minderwertig in der Welt, nicht fähig zu großen Taten, nicht würdig des Rechtes aller anderen. Man hat Minderwertigkeitskomplexe künstlich angezüchtet, weil es der Minderwertigkeit jener Parteien entsprach, die dieses Volk in langen Jahren verführten. Wir wollen es aus diesem Bann erlösen, wollen ihm unentwegt die Überzeugung einbrennen:

Deutsches Volk! Du bist nicht zweitklassig, und wenn tausendmal die Welt es haben will. Du bist nicht zweiten Wertes, nicht zweiter Bedeutung. Deutsches Volk, besinne Dich auf Dich selbst, auf Deine Vergangenheit und die Leistung Deiner Väter, ja, auf die Leistung Deiner eigenen Generation. Vergiß 14 Jahre des Verfalles, hebe Dich empor zu zweitausend Jahren deutscher Geschichte.

Wir haben Sie, meine Volksgenossen in ganz Deutschland, vom ersten Tage an so gerufen, um Ihnen allen aus dem Gefühl der inneren Verbundenheit heraus diese Überzeugung zu geben:

Deutsche! Ihr seid ein Volk, das stark ist, wenn Ihr selbst stark sein wollt!

Diese Millionen, die heute in Deutschland demonstrieren, sie werden heimkehren mit dem Gefühl einer neu gewonnenen inneren Kraft und Einheit. Ich weiß es, meine Kameraden, Euer Tritt wird morgen wieder härter sein, als er es gestern war. Denn wir alle fühlen es, die Nation

kann man heute vielleicht vergewaltigen, man kann sie in Ketten schlagen — beugen, demütigen kann man sie nicht mehr! Wir wollen aber damit auch an diesem Tage das Vertrauen stärken, nicht allein zu Dir selbst, deutsches Volk, nein, auch das Vertrauen zu Deiner Regierung, die sich mit Dir verbunden fühlt und ein Stück von Dir ist, die zu Dir gehört, mit Dir für Dein Leben kämpft, die kein anderes Ziel besitzt, als Dich, deutsches Volk, wieder frei und glücklich zu machen.

Und endlich soll an diesem Tage die Verbundenheit für die Zukunft durch eine Tat dokumentiert werden. Als wir zum ersten Male den

Gedanken der Arbeitsdienstpflicht

der Öffentlichkeit übergaben, entfachten die Vertreter der absterbenden marxistischen Welt ein großes Geschrei und erklärten: „Das ist ein neuer Angriff auf das Proletariat, ein Angriff auf die Arbeit, ein Angriff auf das Leben des Arbeiters!" Warum taten sie das? Sie wußten genau, daß es nie ein Angriff auf die Arbeit und erst recht nicht auf den Arbeiter sein werde, sondern nur ein Angriff auf ein entsetzliches Vorurteil, nämlich daß Handarbeit minderwertig sei. Dieses Vorurteil wollen wir ausrotten in Deutschland. Wir wollen in einer Zeit, da Millionen unter uns leben ohne Verständnis für die Bedeutung des Handarbeitertums, das deutsche Volk durch die Arbeitsdienstpflicht zu der Erkenntnis erziehen, daß Handarbeit nicht schändet, nicht entehrt, sondern vielmehr wie jede andere Tätigkeit dem zur Ehre gereicht, der sie getreu und redlichen Sinnes erfüllt.

Es bleibt unser unverrückbarer Entschluß, jeden einzelnen Deutschen, sei er, wer er sei, ob reich, ob arm, ob Sohn von Gelehrten oder Sohn von Fabrikarbeitern, einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen, damit er sie kennen lernt, damit er auch hier einst leichter befehlen kann, weil er selbst schon vorher gehorchen lernte. Wir denken nicht daran, den Marxismus nur äußerlich zu beseitigen. Wir sind entschlossen, ihm die Voraussetzungen zu entziehen. Wir wollen den Geschlechtern, die nach uns kommen, seine geistigen Verwirrungen ersparen.

Kopf- und Handarbeiter dürfen niemals gegeneinander stehen. Deshalb rotten wir jenen dünkelhaften Sinn aus, der so leicht den einzelnen befällt und von oben herunterschauen läßt auf die Kameraden, die „nur" am Schraubstock stehen, an der Maschine oder hinter dem Pflug. Aber nicht nur muß jeder Deutsche diese Art Arbeit einmal kennen lernen, sondern umgekehrt muß der Handarbeiter wissen, daß auch geistige Arbeit notwendig ist. Auch ihm muß beigebracht werden, daß keiner das Recht hat, auf andere herabzusehen, sich selbst besser zu dünken, sondern jeder bereit sein muß zur großen Gemeinschaft.

Wir werden in diesem Jahre zum ersten Male diesen großen ethischen Gedanken, den wir mit dem Arbeitsdienst verbinden, verwirklichen. Und

wir wissen, daß, wenn erst einmal 40 Jahre vergangen sind, das Wort Handarbeit für Millionen Menschen dieselbe Sinneswandlung erfahren haben wird wie einst der Begriff des Landsknechts, an dessen Stelle der Begriff des deutschen Soldaten trat.

Wir werden in diesem Jahre als weitere große Aufgabe die Befreiung der schöpferischen Initiative von den verhängnisvollen Einwirkungen majoritativer Beschlüsse durchführen. Nicht nur im Parlament, nein, auch in der Wirtschaft. Wir wissen, daß unsere Wirtschaft nicht emporkommen kann, wenn nicht eine Synthese gefunden wird zwischen der Freiheit des schöpferischen Geistes und der Verpflichtung dem Volksganzen gegenüber. Es wird daher auch unsere Aufgabe sein, den Verträgen die Bedeutung zu geben, die ihnen zukommt. Der Mensch lebt nicht für Verträge, sondern die Verträge sind da, das Leben des Menschen zu ermöglichen. Und endlich werden wir uns in diesem Jahre bemühen, die erste Etappe auf dem Wege einer

organischen Wirtschaftsführung

zurückzulegen, und werden dabei von der fundamentalen Erkenntnis ausgehen: Es gibt keinen Aufstieg, der nicht beginnt bei der Wurzel des nationalen, völkischen und wirtschaftlichen Lebens, beim Bauern. Von ihm führt der Weg zum Arbeiter und weiter endlich zur Intelligenz.

Wir werden daher beim Landmann beginnen und in erster Linie dessen Wirtschaft zur Gesundung führen. Wir wissen, daß dies die erste Voraussetzung für die Gesundung der ganzen übrigen Wirtschaft ist. 14 Jahre hindurch hat man das Gegenteil getan. Die Folgen sehen wir. Nicht dem Städter, nicht dem Arbeiter, nicht dem Mittelständler wurde geholfen — sie alle kamen der Vernichtung nahe.

Und damit ergibt sich eine weitere Aufgabe: die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung. Die Arbeitsbeschaffung teilen wir in zwei große Gruppen. Zunächst die private Arbeitsbeschaffung. Hier wird noch in diesem Jahre ein großes Werk in Angriff genommen, ein Werk, das die deutschen Bauten, die Häuser wieder in Ordnung bringen und damit Hunderttausenden Arbeit geben wird. Wir wollen in diesem Augenblick und an dieser Stelle zum ersten Male den Appell an das ganze deutsche Volk richten: Deutsches Volk! Glaube nicht, daß das Problem der Arbeitsbeschaffung in den Sternen gelöst wird. Du selbst mußt mithelfen, es zu lösen. Du mußt aus Einsicht und Vertrauen alles tun, was Arbeit geben kann. Jeder einzelne hat die Pflicht, von sich aus nicht zu zögern mit der Beschaffung dessen, was er bedarf, nicht zu warten, um das herstellen zu lassen, was er einmal herstellen lassen muß. Jeder Unternehmer, jeder Hausbesitzer, jeder Geschäftsmann, jeder Private, er hat die Pflicht, sich der deutschen Arbeit zu erinnern. Wenn heute die Welt unwahre Behauptungen gegen uns verbreitet, wenn man die deutsche Arbeit verfemt, dann müssen wir erwarten, daß der Deutsche sich selbst seiner Arbeit

annimmt. Dies ist ein Appell, der, an Millionen einzelner gerichtet, am ehesten auch Millionen Menschen Arbeit geben kann. Weiter werden wir uns bestreben, große öffentliche Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten noch in diesem Jahre zu verwirklichen. Wir stellen ein Programm auf, das wir nicht der Nachwelt überlassen wollen, das Programm unseres Straßenneubaues, eine gigantische Aufgabe, die Milliarden erfordert. Wir werden die Widerstände dagegen aus dem Wege räumen und die Aufgabe groß beginnen. Wir werden damit eine Serie öffentlicher Arbeiten einleiten, die mithelfen, die Arbeitslosenzahl immer weiter herunterzudrücken.

Wir wollen arbeiten und wir werden arbeiten! Allein, alles hängt letzten Endes am deutschen Volke selbst, an Euch, am Vertrauen, das Ihr uns schenkt, hängt von der Kraft, mit der Ihr Euch zum nationalen Staat bekennt. Nur wenn Ihr alle selbst eins werdet im Willen, Deutschland zu retten, kann in Deutschland auch der deutsche Mensch seine Rettung finden.

Wir wissen, daß wir noch gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden haben. Wir wissen auch, daß alle menschliche Arbeit am Ende vergeblich sein muß, wenn über ihr nicht der Segen der Vorsehung leuchtet. Aber wir gehören nicht zu denen, die sich bequem auf das Jenseits verlassen. Es wird uns nichts geschenkt. So wie der Weg der hinter uns liegenden 14 Jahre für uns bis zum heutigen Tage ein Weg ewigen Kampfes war, ein Weg, der einen oft fast verzweifeln ließ, so wird auch der Weg in eine bessere Zukunft schwierig sein. Die Welt verfolgt uns, sie wendet sich gegen uns, sie will nicht unser Recht zum Leben anerkennen, will nicht wahr haben unser Recht zum Schutze der Heimat.

Meine deutschen Volksgenossen! Wenn die Welt so gegen uns steht, müssen wir um so mehr zu einer Einheit werden, müssen wir ihr um so mehr unentwegt versichern: Ihr könnt tun, was Ihr tun wollt! Aber niemals werdet Ihr uns beugen, niemals uns zwingen, ein Joch anzuerkennen! Den Ruf nach gleichem Recht werdet Ihr nicht mehr aus unserem Volk beseitigen! Das deutsche Volk ist zu sich gekommen. Es wird Menschen, die nicht für Deutschland sind, nicht mehr unter sich dulden! Wir wollen uns den Wiederanstieg der Nation durch unseren Fleiß, unsere Beharrlichkeit, unseren unerschütterlichen Willen ehrlich verdienen! Wir bitten nicht den Allmächtigen: „Herr mach uns frei!" Wir wollen tätig sein, arbeiten, uns brüderlich vertragen, gemeinsam ringen, auf daß einmal die Stunde kommt, da wir vor den Herrn hintreten können und ihn bitten dürfen: „Herr, Du siehst, wir haben uns geändert. Das deutsche Volk ist nicht mehr das Volk der Ehrlosigkeit, der Schande, der Selbstzerfleischung, der Kleinmütigkeit und Kleingläubigkeit. Nein, Herr, das deutsche Volk ist wieder stark in seinem Willen, stark in seiner Beharrlichkeit, stark im Ertragen aller Opfer. Herr, wir lassen nicht von Dir! Nun segne unseren Kampf um unsere Freiheit und damit unser deutsches Volk und Vaterland!"

◆

Reichskanzler Adolf Hitler

auf dem Kongreß der Deutschen Arbeitsfront in Berlin
am 10. Mai 1933*).

Große Umwälzungen können im Völkerleben nicht stattfinden, wenn nicht — fast möchte ich sagen — ein dringendes Bedürfnis nach ihnen vorliegt.

Man kann keine wirklich tief eingreifende Revolution machen, wenn nicht das Volk nach einer solchen Revolution innerlich schreit,
wenn nicht bestimmte Zustände förmlich nach einer solchen Revolution hindrängen. Die Staatsform äußerlich zu ändern, ist leicht. Ein Volk innerlich umzugestalten, kann immer nur gelingen, wenn sich ein bestimmter Entwicklungsprozeß selbst mehr oder weniger erledigt hat, wenn ein Volk den Weg, den es einschlug, selbst schon — wenn auch vielleicht nicht ganz klar, so doch im Unterbewußtsein — als falsch empfindet, ihn gern verlassen möchte und nur wegen der Schwerfälligkeit und Trägheit der Masse den neuen Weg nicht finden kann, bis von irgendwoher der Anstoß kommt, oder bis eine Bewegung, die schon den neuen Weg gesehen hat, nun eines Tages das Volk in diesen neuen Weg hineinzwingt. Es mag im ersten Augenblick vielleicht wollen oder scheinbar nicht wollen — es wird den Weg dann doch gehen, wenn es im Innern bewußt oder unbewußt schon die Empfindung hegt, daß der bisherige Pfad am Ende doch nicht der richtige ist. Unter all den Krisen, unter denen wir leiden, und die ja nur ein zusammenhängendes Bild ergeben, ist vielleicht am fühlbarsten für das Volk selbst die

Wirtschaftskrise.

Die politische Krise, die moralische Krise werden vom einzelnen nur ganz selten empfunden. Der Durchschnittsmensch sieht in seiner Zeit nicht das, was die Gesamtheit trifft, sondern zumeist nur das, was ihn selbst schlägt. Daher wird auch die Gegenwart nur ganz selten Verständnis für den politischen oder den moralischen Verfall empfinden, solange sich dieser Verfall nicht irgendwie auf die Wirtschaft ausdehnt. Doch wenn dies eintritt, handelt es sich nicht mehr um irgendein abstraktes Problem, das man an einer dritten Seite vielleicht beobachten und studieren kann, sondern nun wird eines Tages der einzelne selbst von dieser Frage ergriffen, und in eben dem Umfange, in dem sich eine solche Krise in ihm auszuwirken beginnt, wächst seine Erkenntnis von der Unhaltbarkeit bestehender Zustände. Dann redet man plötzlich von einer Wirtschaftsnot, von einem Wirtschaftselend, und dann ist es auch möglich, ausgehend von dieser Not, das Verständnis für die Not zu erwecken, die sonst dem einzelnen Menschen lange Zeit verborgen zu bleiben pflegt.

Es ist aber natürlich, daß auch die Wirtschaftsnot nicht sofort in ihren verschiedenen Ursachen erkannt wird, daß man auch hier nicht ohne weiteres alles das sieht, was zusammenwirkend am Ende diese Not bedingt. Es ist auch hier verständlich, daß zunächst jeder die Schuld beim andern zu sehen pflegt, und daß er besonders gern die Allgemeinheit, Kor-

*) Amtlicher Wortlaut.

porationen usw. für das verantwortlich machen möchte, was er selbst in Wirklichkeit mit zu verantworten hat. Es ist dann ein großes Glück, wenn es allmählich gelingt, eine solche Not so zu klären, daß für immer mehr Menschen die wirklichen Ursachen sichtbar in Erscheinung treten; denn das ist erforderlich, um auch die Wege zur Heilung zu finden.

Es genügt nicht zu sagen, daß die deutsche Wirtschaftsnot etwa die Folgeerscheinung einer Weltkrise, der Wirtschaftsnot überall sei; denn genau so kann selbstverständlich jedes andere Volk dieselbe Entschuldigung und dieselbe Begründung für seine Not finden. Es ist aber klar, daß auch dann diese Not nicht irgendwie in der Welt ihre Wurzel haben kann, sondern immer wieder innerhalb der Völker. Und es ist nur eines wahrscheinlich, daß diese Wurzel vielleicht bei vielen Völkern dieselbe sein wird, daß man aber nicht hoffen darf, durch die bloße Feststellung, es läge eine bestimmte Not im Zuge der Zeit, dieser Not auch Herr zu werden. Sondern es ist klar, daß es nötig ist, im Innern eines Volkes diese Wurzeln bloßzulegen und die Not dort zu heilen, wo man sie wirklich heilen kann.

Leider Gottes ist gerade der Deutsche nur zu sehr veranlagt, in solchen Zeiten den Blick statt in das eigene Innere in die Ferne schweifen zu lassen. Die lange Erziehung unseres Volkes zu internationalen Auffassungen hin verleitet auch in einer solchen Not, sich nach internationalen Gesichtspunkten mit diesem Problem zu beschäftigen. Ja, sie führt dazu, daß viele unter uns überhaupt nicht glauben, daß man anders als durch internationale Methoden einem solchen Unglück vielleicht entgegensteuern könnte. Und trotzdem ist das falsch. Es ist natürlich, daß internationale Gebrechen, die alle Völker irgendwie belasten, auch von diesen Völkern behoben werden müssen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß jedes Volk für sich diesen Kampf aufnehmen muß, und daß vor allem nicht ein Volk von dieser Not befreit wird durch internationale Maßnahmen, wenn es nicht aus eigenem die notwendigen Maßnahmen trifft.

Im Rahmen internationaler Maßnahmen können selbstverständlich auch die eigenen liegen. Allein es darf dieses eigene Handeln nicht abhängig gemacht werden von dem Handeln der anderen.

Die Krise der deutschen Wirtschaft ist nicht nur eine Krise, die sich in unseren Wirtschaftsziffern ausdrückt, sondern sie ist in erster Linie eine Krise, die sich mit ausdrückt im inneren Verlauf, in der Art der Organisation usw. unseres wirtschaftlichen Lebens. Und hier können wir wohl von einer Krise reden, die unser Volk mehr betroffen hat als alle anderen Völker.

Es ist die Krise, die wir sehen im Verhältnis zwischen Kapital, Wirtschaft und Volk.

Besonders kraß sehen wir diese Krise im Verhältnis unseres Arbeitnehmers zu unserem Arbeitgeber. Hier hat die Krise einen Höhepunkt erreicht wie in keinem anderen Lande der Welt. Wenn diese Krise nicht gelöst wird, dann werden alle anderen Versuche, der Wirtschaftsnot Herr zu werden, auf die Dauer vergeblich sein.

Wenn wir die deutsche Arbeiterbewegung so, wie sie sich im Laufe des letzten halben Jahrhunderts allmählich entwickelte, nach ihrem innersten Wesen untersuchen, dann werden wir auf d r e i G r ü n d e stoßen, die diese eigenartige Entwicklung bedingten.

Der erste Grund liegt in der Veränderung der Betriebsform unserer Wirtschaft an sich.

Ihn sehen wir in der ganzen Welt genau so wie in Deutschland in Erscheinung treten. Zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts und steigend in diesem Zeitalter findet eine Umstellung unserer früheren — ich möchte sagen — kleinbürgerlichen Wirtschaftsform statt in der Richtung der Industrialisierung, und damit geht das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber endgültig verloren. Beschleunigt wird dieser Prozeß von dem Augenblick an, in dem die Aktie an die Stelle des persönlichen Besitzes tritt. Wir sehen nun den Beginn einer Entfremdung zwischen dem Schaffenden des Kopfes und dem Schaffenden der Hand, denn das ist letzten Endes der einzig wirklich entscheidende Unterschied.

Nicht das Wort Besitz an sich kann hier als charakteristisch angesehen werden; denn wir wissen, daß eine Unzahl der Männer, die unsere Produktion begründeten, nicht etwa ursprünglich aus dem Besitz gekommen sind, sondern aus der Arbeit, daß sich in ihnen nur die Kraft der Faust zugleich erweiterte zur Genialität des Geistes, daß sie gottbegnadete Erfinder, gottbegnadete Organisatoren gewesen sind, denen wir, meine Volksgenossen, unser Leben mit verdanken, denn ohne die Fähigkeit dieser Männer wäre uns die Ernährung und Erhaltung von 65 Millionen Menschen auf unserer begrenzten Wohnfläche niemals möglich gewesen.

Wir wären sonst Exportland geblieben, rohes Arbeitskraft-Exportland, damit aber auch selbstverständlich des darunter stets verborgenen Geistes: Kulturdünger für die andere Welt. Daß sich das änderte, das verdanken wir der Unzahl der Männer unseres Volkes, die sich aus der Tiefe heraus emporgearbeitet haben und nun durch ihre Fähigkeit, durch ihre Genialität Millionen Menschen Brot schaffen und sichern konnten. Es ist also nicht so, daß wir hier von vornherein sagen können: Unternehmer und Arbeitnehmer. Sondern der Ausgang ist nur der, daß sich der Geist wie immer im menschlichen Leben befehlsgebend über die gewöhnliche Kraft erhebt. Dieser Geist selbst aber ist nicht etwa ein Vorrecht der Geburt bei uns gewesen, sondern wir finden ihn in allen unseren Lebensschichten, in allen Lebensstellungen. Man kann wirklich sagen, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten hier beigesteuert hat.

Das Auseinanderfallen nun, das wir allmählich ersehen konnten, führte dazu, daß auf der einen Seite besondere Interessen der Arbeitnehmer in die Erscheinung traten, und damit begann das Unglück unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Sowie man erst diesen Weg einschlug, mußte zwangsläufig der Weg immer weiter auseinanderführen. Hier herrscht ein Gesetz:

Wenn man einmal einen bestimmten Weg, der ein Fehlweg ist, betreten hat, führt dieser Weg immer weiter von der Vernunft weg. Das haben wir 70 Jahre lang praktisch erlebt. Der Weg entfernte sich in all seinen Konsequenzen so sehr von der natürlichen Vernunft, daß die Denkenden, die selbst Führer auf diesem Wege waren, für sich allein gestellt und gefragt, ohne weiteres den Wahnsinn dieses Weges zugeben mußten. Und sie haben das auch als einzelne stets zugegeben. Nur im Zwang der Organisation konnten sie nicht mehr den Weg zur Vernunft zurückfinden.

Im Gegenteil: Zwangsläufig führte der Weg auseinander, begünstigt — wie gesagt — durch die

Entpersönlichung des Besitzes.

Er wird damit — ich möchte fast sagen — auch noch wissenschaftlich scheinbar erhärtet und gefestigt. Es entsteht allmählich eine Ideologie, die glaubt, den Begriff des Eigentums auf die Dauer aufrechterhalten zu können, wenn auch die praktischen Nutznießer dieses Begriffes bloß mehr einen minimalen Prozentsatz der Nation ausmachen. Und umgekehrt entstand die Meinung, daß deshalb, weil nur mehr ein geringer Prozentsatz praktischer Nutznießer ist, der Begriff des Eigentums selbst abzulehnen wäre. Es ergab sich daraus die endlose Diskussion und der Krieg um den Begriff Privateigentum und um „Eigentum" an sich. In der Folge führte dieser Kampf zu einer immer weiteren Entfremdung der beiden Exponenten im wirtschaftlichen Leben.

Was nunmehr sich entwickelt, ist zum Teil wieder unnatürlich. Wenn erst einmal die beiden Interessenten ihre Aufgabe geistig nicht mehr als eine gemeinsame ansehen, dann ist es klar, daß dem Unternehmer gegenüber nur mehr der organisierte Arbeitnehmer bestehen kann, dann ist es selbstverständlich, daß der Kraft, die sich immerhin im Unternehmer repräsentiert, nur die zusammengefaßte Kraft des Arbeitnehmers gegenübergestellt werden kann.

Wenn man sich erst einmal auf den Weg begibt, dann ist logischerweise die Organisation der Arbeitnehmer der Organisation der Unternehmer gegenüberzustellen. Selbstverständlich werden sich nun diese beiden Organisationen nicht tolerierend miteinander beschäftigen, sondern ihre scheinbar getrennten Interessen mit den Kampfmitteln vertreten, die ihnen gegeben sind, das heißt Aussperrung und Streik. In diesem Kampf werden manches Mal die einen siegen, manches Mal die anderen. In beiden Fällen wird die gesamte Nation den Kampfpreis bezahlen, den Schaden zu tragen haben.

Das führt endlich aber dahin, daß die sich nun aufbauenden Organisationen, bei der Veranlagung des Deutschen zur Bürokratisierung, immer umständlicher werden, und ein immer größerer Apparat entsteht. Und endlich wird nun nicht mehr der Apparat den Interessenten dienen, sondern die Interessenten werden dem Apparat zu dienen haben, so daß der Kampf weiter fortgeführt wird, damit die Existenz des Apparates begründet werden kann, selbst wenn manchmal die Vernunft plötzlich kommt und sagt: das Ganze ist ein Wahnsinn, gemessen an den Opfern ist der Gewinn geradezu lächerlich; zusammengezählt sind die Opfer, die wir für den Apparat bringen, viel größer als der überhaupt mögliche Gewinn. Dann werden die Apparate erst recht wieder zu beweisen haben, wie nötig sie sind, indem sie den Kampf der Interessenten gegenseitig schüren. Und dann kann es allerdings sogar sich ereignen, daß sich die Apparate aus dieser Erkenntnis heraus untereinander verständigen.

Das heißt: Apparat A. sagt: Ich bin froh darüber, daß der Apparat B. da ist; denn ich finde immer Wege, um mich mit dem Apparat B. auseinanderzusetzen. Würde dieser Apparat B. nicht da sein, sondern an seiner Stelle ehrliche Fanatiker kämpfen — das wäre viel schlimmer! Die

Leute des Apparats B. kennen wir ganz genau und wissen, wie wir mit ihnen umzugehen haben. Man findet hier schon den Weg. Man gebe dem Kaiser was des Kaisers ist, und dem Volke, was des Volkes ist — und der Gewerkschaft, was der Gewerkschaft ist. Dann findet sich schon ein Weg, um „friedlich" miteinander auszukommen. Das Ganze wird manches Mal sogar ein übles Theater; das bellt sich gegenseitig an, das bekriegt sich gegenseitig, aber bringt sich am Ende natürlich nicht um — das kann man nicht; denn sonst würden weder die Gewerkschaften noch die Unternehmerverbände bestehen können! Schließlich lebt alles auf Kosten der Gesamtheit.

Dieser Kampf, der zu einer unendlichen Vergeudung an Mitteln, Arbeitskräften usw. führt, ist der eine Grund für die Katastrophe, die langsam, aber sicher heraufzog.

Der zweite Grund ist das Emporkommen des Marxismus.

Der Marxismus als Weltauffassung der Dekomposition hat mit scharfem Blick in der Gewerkschaftsbewegung die Möglichkeit erkannt, den Angriff gegen den Staat und die menschliche Gesellschaft nunmehr mit einer absolut vernichtenden Waffe zu führen. Nicht etwa, um den Arbeiter zu helfen — was ist der Arbeiter irgendeines Landes diesen internationalen Aposteln? Gar nichts!

Sie sehen ihn nicht! Es sind das keine Arbeiter, es sind volksfremde Literaten, volksfremdes Pack!

Sie haben genau erkannt, daß man mit der Gewerkschaftsbewegung unter freundlichster Förderung der Exzesse auf der andern Seite am ehesten in der Lage ist, sich ein Instrument zu verschaffen, das den Kampf ebenso führt, wie es sie umgekehrt auch nährt. Denn in diesen ganzen Jahrzehnten hat sich die politische Sozialdemokratie von diesem Kampf und von dieser Kampfeinrichtung genährt.

Man mußte der Gewerkschaft den Gedanken einimpfen: Du bist ein Instrument des Klassenkampfes — und der findet letzten Endes seine politische Führung nur im Marxismus. Was ist denn verständlicher, als daß man der Führung auch den Tribut zollt! Und der Tribut ist reichlich eingezogen worden! Die Herren haben sich nicht mit einem Zehnt begnügt, sondern mit wesentlich höheren Zinssätzen.

Dieser Klassenkampf führt zur Proklamation der Gewerkschaft als reinen Instrumentes für die Vertretung wirtschaftlicher Interessen der Arbeiterschaft und somit für Zwecke des Generalstreiks. Der Generalstreik tritt damit zum erstenmal als politisches Machtmittel in Erscheinung und zeigt, was sich der Marxismus in Wirklichkeit von dieser Waffe erhofft hat: nicht etwa ein Mittel zur Rettung des Arbeiters, sondern im Gegenteil nur ein Kampfinstrument zur Vernichtung des dem Marxismus entgegenstehenden Staates. Wie weit dieser gesamte Irrsinn gehen konnte, dafür haben wir Deutsche ein unerhörtes, ebenso furchtbares wie lehrreiches Beispiel: den Krieg.

Heute treten mir zahlreiche sozialdemokratische Führer, innerlich vollkommen umgewandelt durch den neuen Geist der neuen Zeit, entgegen und halten mir mit etwas schwankendem Gedächtnis vor: Ja, die Sozialdemokratie hat einst auch im Felde gekämpft.

Nein, der Marxismus hat niemals gekämpft, wohl aber hat der deutsche Arbeiter gekämpft!

Im Jahre 1914 ist der deutsche Arbeiter in einer plötzlich inneren — ich möchte fast sagen: hellseherischen — Erkenntnis vom Marxismus fort- und zu seinem Volke hingegangen. Die Führer des Marxismus, die dieses Verhängnis hereinbrechen sahen, konnten es nicht hemmen. Einige unter ihnen, ganz wenige, sind auch wohl in dieser Stunde mit dem Herzen zu ihrem Volke zurückgekehrt. Wir wissen ja, daß sich ein großer Mann, der heute, wir können wohl sagen: bestimmend in die Weltgeschichte eingegriffen hat, Benito Mussolini, in dieser Stunde der Erkenntnis zu seinem Volke zurückfand. In Deutschland sind es auch einige gewesen. Die große Masse der politischen Führer aber hat nicht etwa nunmehr, entsprechend dem gewaltigen Aufbäumen des deutschen Arbeiters, auch für sich die Konsequenzen gezogen, sie ging nun nicht etwa freiwillig auch sofort an die Front; diese geistige innere Umwandlung ist ihnen trotz aller heutigen Beteuerung damals anscheinend erspart geblieben: Arbeiter sind gefallen — die Führer haben sich zu 99 Prozent sorgfältig konserviert!

Sie haben nicht den Prozentsatz der Toten und Verwundeten gestellt, den wir sonst im ganzen Volke gesehen. Sie haben ihre politische Tätigkeit für wichtiger gehalten. Damals, 1914/15, sahen sie ihre Aufgabe in vorsichtiger Zurückhaltung, später dann im Abkommandieren bestimmter einzelner Außenseiter, sie sahen ihre Aufgabe in einem allmählichen Reservieren gegenüber der nationalen Aufgabe. Endlich kam die Erfüllung in der Revolution.

Wir können dazu nur eines sagen:

Wäre im Krieg die deutsche Gewerkschaftsbewegung in unseren Händen gewesen, wäre sie damals meinetwegen in meiner Hand gewesen, und wäre sie mit demselben Fehlzweck aufgezogen gewesen, wie es tatsächlich der Fall war, so hätten wir Nationalsozialisten damals diese Riesenorganisation in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Wir hätten erklärt: Wir kennen natürlich die Opfer, wir sind bereit, sie selber zu tragen, wir wollen uns nicht drücken, sondern wir wollen absolut mitkämpfen, wir geben unser Schicksal und Leben in die Hand der allmächtigen Vorsehung, wie es die anderen auch geben müssen. Das hätten wir ohne weiteres getan.

Denn, deutscher Arbeiter, du mußt erkennen: Jetzt wird nicht entschieden über Deutschland als Staat, nicht über das Kaiserreich als Staatsform, nicht über Monarchie wird entschieden, nicht über Kapitalismus wird entschieden, nicht über Militarismus, sondern entschieden wird über Sein oder Nichtsein unseres Volkes, und wir deutschen Arbeiter machen 70 Prozent dieses Volkes aus. Über uns wird entschieden!

Das mußte man damals wissen und konnte es auch wissen. Wir hätten es gewußt. Wir hätten alle für unser eigenes Leben die Konsequenzen gezogen. Wir hätten erklärt: Deutscher Arbeiter, wir wollen deine Rechte vertreten! Gewiß, wir hätten demgemäß manches Mal damals gegen den Staat Front gemacht, das heißt, wir hätten gegen das Unwesen und das schamlose Treiben der Kriegsgesellschaften protestiert.

Wir hätten protestiert gegen dieses Schiebergesindel und wären dafür eingetreten, daß man dieses Pack, wenn notwendig, mit Stricken zur Raison bringt.

Wir hätten genau so jeden niedergeworfen, der etwa dem Vaterlande seinen Dienst versagt oder sonst verweigert hätte. Wir hätten erklärt: Indem wir hier Front machen, wollen wir nichts anderes als den Sieg unseres Volkes; denn das ist nicht der Sieg einer Staatsform, sondern das ist der Sieg zur Erhaltung unseres Lebens. Und wenn wir den Krieg verlieren, dann haben wir nicht eine Staatsform verloren, sondern Millionen Menschen von uns werden brotlos sein. Und die ersten, die brotlos sind, werden nicht die Kapitalisten und Millionäre sein, sondern die Handarbeiter, die armselige Masse.

Es war ein Verbrechen, daß man nicht so handelte. Man tat es nicht, weil es ja gegen den inneren Sinn des Marxismus verstoßen hätte; denn der wollte nichts anderes, als Deutschland vernichten. Er wartete so lange, bis man glaubte, daß Volk und Reich, von der Übermacht zermürbt, den Angriffen von innen nicht würden standhalten können. Dann schlug man los.

Und man hat Deutschland geschlagen und hat damit in erster Linie und am schwersten den deutschen Arbeiter geschlagen!

Die Summe von Not, Leid und Elend, die seitdem durch Millionen von kleinen Arbeiterfamilien und kleinen Haushalten gezogen ist, können die Verbrecher des November 1918 nicht verantworten. Sie sollen sich darum heute auch über nichts beklagen. Vergeltung haben wir nicht geübt. Wollten wir Vergeltung üben — wir hätten sie zu Zehntausenden erschlagen müssen!

Sie reden soviel davon, daß auch die Sozialdemokraten im Felde gestanden wären. Die deutschen Arbeiter sind im Felde gestanden! Aber selbst wenn sie damals in irgendeiner Vernebelung noch sozialdemokratisch gefühlt hätten — es war nicht der Fall, und jeder, der als Soldat an der Front war, weiß, daß damals keiner an eine Partei dachte — selbst wenn das der Fall gewesen wäre: Wie gemein von diesen Führern, daß sie dann ihre eigenen Leute, die die Opfer dieses Ringens trugen, um die Früchte dieser Opfer — all das Leid, all die Nöte, Todesangst, Qual, Hunger und Schlafentbehrung — betrogen haben. Sie können gar nicht mehr gutmachen, was sie durch dieses Verbrechen unserem Volke zugefügt haben. Und sie können vor allem niemals wieder gutmachen, daß sie durch Jahrzehnte den deutschen Arbeiter in eine immer furchtbarere geistige Isolierung hineinführten, ihn mit dem November 1918 durch dieses gemeine Stück kleinster, unverantwortlicher Gruppen mit einer Tat belasteten, für die er nicht verantwortlich gemacht werden konnte. Denn seit den Tagen des Novembers 1918 ist bei Millionen Deutschen die Meinung entstanden, der deutsche Arbeiter sei schuld am Zusammenbruch. Er, der selber so unsagbare Opfer brachte, der unsere Regimenter mit den Millionen seiner Musketiere auffüllte, wurde nun plötzlich als Sammelbegriff verantwortlich gemacht für die Tat der meineidigen, lügnerischen und verkommenen Vernichter des Vaterlandes. Das war das Schlimmste, was es geben konnte. Denn in dem Augenblick zerbrach für viele Millionen Menschen in Deutschland die Volksgemeinschaft. Millionen verzweifelten, andere stierten stumpf vor sich hin, konnten den Weg zu ihrem Volk zurück nicht mehr finden. Mit der Volksgemeinschaft zerbrach ganz zwangsläufig die deutsche Wirtschaft. Denn die Wirtschaft ist auch nicht ein Ding an sich,

sondern sie ist ein lebendiger Vorgang, eine der Funktionen des Volkskörpers, und ihr Handeln und ihr ganzer Verlauf wird durch Menschen bestimmt. Wenn die Menschen in dieser Weise vernichtet werden, dann möge man sich nicht darüber wundern, wenn langsam auch die Wirtschaft im ganzen vernichtet wird. Der Wahnsinn des Denkens im einzelnen summiert sich zum Wahnsinn des Denkens der Gesamtheit und zerstört endlich etwas, dessen Zerstörung die Gesamtheit selbst wieder auf das schwerste schädigt.

Der dritte Grund für die verhängnisvolle Entwicklung liegt im Staate selbst.

Etwas hätte es gegeben, was diese Millionen vielleicht hätte entgegengestellt werden können: das wäre der Staat gewesen, wenn dieser Staat nicht selbst zum Spielball der Interessengruppen herabgesunken wäre. Es ist kein Zufall, daß die Gesamtentwicklung parallel geht mit der Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens. Diese Demokratisierung führte dazu, daß der Staat zunächst in die Hände bestimmter Gesellschaftsschichten kam, die sich identifizierten mit dem Besitz an sich, mit dem Unternehmertum an sich. Das breite Volk erhielt immer mehr die Empfindung, daß der Staat selbst keine objektive, über den Erscheinungen stehende Einrichtung wäre, daß er vor allem keine objektive Autorität mehr verkörpere, sondern daß der Staat selbst der Ausfluß des wirtschaftlichen Wollens und der wirtschaftlichen Interessen bestimmter Gruppen innerhalb der Nation wäre, und daß auch die Führung des Staates eine solche Behauptung rechtfertige. Der Sieg des politischen Bürgertums war ja nichts anderes als der Sieg einer aus ökonomischen Gesetzen entstandenen Gesellschaftsschicht, die ihrerseits nicht die geringsten Voraussetzungen für eine wirkliche politische Führung besaß, die vor allem die politische Führung abhängig machte von den ewig schwankenden Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens und der Auswirkung dieses wirtschaftlichen Lebens auf dem Gebiete der Massenbeeinflussung, der Präparierung der öffentlichen Meinung usw. Mit anderen Worten: Das Volk hatte mit Recht das Gefühl, daß auf allen Lebensgebieten eine natürliche Auslese stattfindet, immer ausgehend von der Eignung für dieses bestimmte Lebensgebiet, nur auf einem Gebiet nicht: auf dem Gebiete der politischen Führung. Auf dem Gebiete der politischen Führung griff man plötzlich zu einem Ausleseergebnis, das einem ganz anderen Prozeß seine Existenz verdankt.

Während es natürlich ist, daß Führer unter Soldaten nur sein kann, wer dafür gebildet wurde, war es nicht selbstverständlich, daß politischer Führer nur sein kann, wer auf diesem Gebiete seine Ausbildung erhält und insbesondere seine Befähigung erwiesen hat, sondern allmählich verbreitete sich die Meinung, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten, aus ökonomischen Gesetzen entstandenen Lebensklasse auch zugleich die politische Fähigkeit in sich berge, ein Volk zu regieren. Wir haben die Folgen dieses Irrtums kennen gelernt. Die Schicht, die sich diese Führung anmaßte, hat in jeder kritischen Stunde versagt, und in der schwersten Stunde der Nation ist sie jammervoll zusammengebrochen.

Jedes deutsche Bataillon hat anderes geleistet. Man bedenke, daß dieses unser Volk damals Millionen Menschen noch am Feinde hatte, und

jeder weiß, was es im einzelnen an Überwindung und Entschlußkraft bedeutete, eine Truppe — sagen wir — von der Reserve wieder zum Feinde vorzuführen — immer den Tod vor Augen, hineinzumarschieren und nicht zu wanken. Und zu Hause, da weicht eine politische Führung und zerbricht vor einem Haufen erbärmlicher Deserteure, weil sie zu feige waren, vor dem Feinde zu stehen, und die Heimat kapituliert vor diesen Feiglingen. Man sage nur nicht, es gab keinen anderen Weg. Nur für diese Führung hat es keinen anderen Weg gegeben!

Für jede andere Führung wäre der Weg ganz klar vorgezeichnet gewesen und hätte es später auch nicht die Ausrede gegeben, daß auf irgendeinen Befehl, der von oben gekommen sei, hätte kapituliert werden müssen. In gewissen Augenblicken der geschichtlichen Entwicklung gibt es keine Befehle, die den Menschen oder eine Staatsführung verpflichten könnten, vor dem Unheil zu kapitulieren oder etwa vor der Minderwertigkeit das Feld zu räumen.

Ich glaube wohl, wenn einer das Recht gehabt hätte, zu kapitulieren, dann wäre es in tausend und aber tausend Fällen der deutsche Soldat gewesen, der das Unglück hatte, dank einer nicht klugen deutschen Diplomatie vierundeinhalb Jahre lang fast stets einer Übermacht entgegentreten zu müssen, und der trotzdem — im besten Glauben, für sein Volk zu kämpfen — keine andere Konsequenz zog als die, die ein anständiger Soldat nur ziehen kann: entweder zu siegen oder zu sterben.

Nein, es ist kein Zufall gewesen: eine Fehlentwicklung hat am 9. November sich endgültig als Fehlentwicklung erwiesen, eine Fehlkonstruktion hat sich an diesem Tage endgültig als Fehlkonstruktion gezeigt, und es war nur eine Frage der Zeit, ob diese Fehlkonstruktion Deutschland endgültig zugrunde richten würde, oder ob aus Deutschland selbst noch einmal die Kraft käme, die Fehlkonstruktion zu überwinden. Ich glaube, wir befinden uns in der Periode, in der diese Konstruktion endgültig überwunden worden ist.

Wir befinden uns damit aber auch in der Periode, da wir die Frage des Neuaufbaues unserer deutschen Wirtschaft nicht nur gründlich durchdenken, sondern auch gründlich lösen müssen, nicht äußerlich und von oben her gesehen, sondern die inneren Ursachen des Verfalls erforschend und entschlossen, diese inneren Ursachen zu beseitigen. Ich glaube, wir müssen hier zunächst dort beginnen, wo letzten Endes heute der Anfang sein muß: nämlich beim Staate selbst.

Es muß eine neue Autorität aufgerichtet werden,

und diese Autorität muß unabhängig sein von den augenblicklichen Strömungen des Zeitgeistes, vor allem unabhängig von den Strömungen, die der wirtschaftlich begrenzte und beschränkte Egoismus in Erscheinung treten läßt. Es muß eine Staatsführung entstehen, die eine wirkliche Autorität darstellt, und zwar eine Autorität, die nicht abhängig ist von irgendeiner Gesellschaftsschicht. Es muß eine Staatsführung entstehen, zu der jeder Bürger das V e r t r a u e n haben kann, daß sie nichts anderes will als des deutschen Volkes Glück, als des deutschen Volkes Wohl, eine Staatsführung, die zugleich von sich mit Recht sagen darf, sie sei unabhängig nach jeder Seite hin.

Man hat so sehr vom absolutistischen Zeitalter der Vergangenheit geredet, vom Absolutismus Friedrichs des Großen und dem demokratischen Zeitalter unserer parlamentarischen Epoche. Gesehen vom Standpunkt des Volkes aus war die damalige Zeit die objektivere. Sie konnte wirklich die Interessen der Nation objektiver wahrnehmen, während die spätere Zeit immer mehr und mehr zur reinen Interessenvertretung einzelner Stände herabsank. Das wird durch nichts schärfer bewiesen als durch den Gedanken des Klassenkampfes an sich, nämlich durch die Parole: Die Herrschaft der Bourgeoisie muß abgelöst werden durch Herrschaft des Proletariats, d. h. also: es handelt sich nur um einen Wechsel die Diktatur von Klassen oder Stände,

während wir die Diktatur des Volkes wollen, d. h. die Diktatur der Gesamtheit, der Gemeinschaft.

Wir sehen nicht als entscheidend an eine Lebensstellung, einen Lebensstand; im Schicksal und in der Zeit der Jahrtausende vergeht derartiges. Das kommt und schwindet. Was bleibt, ist die Substanz an sich, eine Substanz aus Fleisch und aus Blut: unser Volk. Es ist das Seiende und das Bleibende, und nur ihm soll man sich verantwortlich fühlen. Nur dann wird man die erste Voraussetzung schaffen zur Heilung auch unseres schlimmsten wirtschaftlichen Schadens. Nur dann wird man für die Millionen Menschen wieder die Überzeugung lebendig werden lassen, daß der Staat nicht die Interessenvertretung einer Gruppe oder eines Standes ist, und daß die Regierung nicht die Sachwalterin einer Gruppe oder eines Standes ist, sondern daß sie die Sachwalterin des Volkes an sich ist. Wenn es auf der einen oder auf der anderen Seite Menschen gibt, die glauben, sich dem nicht fügen zu können, dann wird die neue Autorität sich gegen die eine oder gegen die andere Seite durchsetzen müssen. Sie wird allen zum Bewußtsein bringen müssen, daß sie nicht etwa ihre Autorität ableitet vom guten Willen irgendeines Standes, sondern daß sie diese Autorität ableitet aus einem Gesetz, und dieses Gesetz heißt: Notwendigkeit der Erhaltung des Volkstums an sich!

Und weiter: Es ist notwendig, daß man all die Erscheinungen beseitigt, die menschliche Schwäche bewußt mißbrauchen, um ein tödliches Beginnen mit ihrer Hilfe durchführen zu können. Wenn ich vor 14, 15 Jahren und seitdem immer wieder vor der deutschen Nation erklärt habe, daß ich

meine Aufgabe vor der deutschen Geschichte darin sehe, den Marxismus zu vernichten,

dann ist mir das keine Phrase, sondern ein heiliger Schwur, den ich erfüllen werde, solange ich überhaupt noch einen Atemzug tue!

Ich habe dieses Bekenntnis, das Bekenntnis eines einzelnen Mannes, zum Bekenntnis einer gewaltigen Organisation gemacht. Ich weiß heute: auch wenn mich das Schicksal persönlich abberufen würde, dieser Kampf würde weiter fortgeführt werden und kein Ende mehr nehmen, dafür bürgt diese Bewegung. Dieser Kampf ist für uns nicht etwa ein Ringen, das durch irgendeinen faulen Vergleich abgeschlossen werden könnte. Wir sehen im Marxismus den Feind unseres Volkes vor uns, den wir vernichten, bis zur letzten Wurzel ausrotten werden, konsequent, unbarmherzig!

Wir wissen auch, daß im Wirtschaftsleben die Interessen nur zu oft gegeneinander zu stehen scheinen, daß sich der Arbeiter übervorteilt fühlt, daß er oft auch übervorteilt ist, und daß sich der Unternehmer bedrängt sieht und wohl auch oft bedrängt ist, daß das, was des einen Gewinn zu sein scheint, für des andern Unglück gehalten wird, und das, was für den einen Erfolg ist, für den andern manches Mal den Untergang bedeutet. Wir wissen und sehen das, und wir wissen auch, daß die Menschen zu allen Zeiten darunter gelitten haben. Allein gerade deshalb ist es um so gefährlicher, wenn eine Organisation nur den Zweck hat, diese furchtbaren Erscheinungen des Lebens bewußt dazu zu benutzen, das gesamte Volk zu zerstören. Weil es so ist, muß eine Organisation vernichtet und eine Lehre ausgerottet werden, die diese natürlichen Schwächen, die in der Unzulänglichkeit der Menschen ihre Wurzel haben, mißbraucht. Denn wir wissen sehr genau, daß das letzte Ziel dieser ganzen Entwicklung, nein, dieses Kampfes zwischen Faust und Stirn, zwischen Masse, d. h. Zahl, und Qualität, ist: Vernichtung der Qualität der Stirn. Das bedeutet aber nicht etwa Segen für die Zahl oder etwa Emporsteigen des Arbeiters, sondern das bedeutet Elend, Jammer und Not, bedeutet endgültigen Verfall.

Wir sehen die wirtschaftliche Not und sind nicht etwa Kinder, die meinen, daß die Schwierigkeiten durch ein Besserwollen von heute auf morgen beseitigt werden können. Wir setzen auch die menschliche Unzulänglichkeit ein, die den Menschen immer und immer wieder einen Schabernack spielen wird und die besten Gedanken, das beste Wollen so oft einfach wieder zunichte macht. Aber wir haben den festen Willen und die unerschütterliche Absicht, demzufolge es nicht etwa zum Zusammenbruch kommen zu lassen, sondern im Gegenteil gegen diese Erscheinungen immer und immer wieder zu kämpfen — das ganze Leben ist ein Kampf — ihnen gegenüber die Vernunft anzusetzen und das gemeinsame Interesse in den Vordergrund zu rücken. Wenn das auch im Augenblick oft mißlingt — was heute nicht gelingt, muß eben morgen gelingen! Und wenn einer zur Antwort gibt: Glauben Sie denn, daß die Leiden je vergehen?, dann erwidere ich ihm: Wenn jemals die Zeit kommt, da es auf der Welt keine unzulänglichen Menschen mehr gibt, dann ja. Da ich aber befürchte, daß die Unzulänglichkeit der Menschen bleibt, werden auch die Leiden bleiben. Man kann nicht von einer Generation aus für alle Ewigkeit die Dinge in Ordnung bringen.

Jedes Volk hat die Pflicht, für sich zu sorgen. Jede Zeit hat die Aufgaben, ihre Beschwerden selbst zu erledigen. Denken Sie nicht, daß wir etwa der Zukunft alles vorwegnehmen. Nein, nein, wir wollen ja auch unsere Jugend nicht zu faulen Parasiten des Lebens erziehen oder zu feigen Genießern dessen, was andere geschaffen haben. Nein, was du besitzen willst — du mußt es dir immer wieder aufs neue erwerben, immer wieder mußt du aufs neue kämpfen. Dazu wollen wir die Menschen erziehen. Wir wollen ihnen von vornherein nicht die Irrlehre beibringen, daß etwa dieses Ringen etwas Unnatürliches oder dem Menschen Unwürdiges sei; im Gegenteil, wir wollen ihnen beibringen, daß dieses Ringen die ewige Voraussetzung für die Auslese ist, daß es ohne den ewigen Kampf keine Menschen gäbe. Nein, was wir heute tun — wir tun es für uns!

Indem wir für heute die Not bändigen, wirken wir für die Zukunft,
da wir unseren Nachkommen zeigen, wie sie es auch machen müssen, so wie wir aus der Vergangenheit ja nur das lernen können, was wir heute tun sollen. Wenn die Generation vor uns so gedacht hätte, wie man es uns so gern einreden möchte, dann wären wir heute nicht da. Ich kann nicht etwas für die Zukunft als recht anerkennen, was ich in der Vergangenheit als falsch bezeichnen müßte. Was mir und uns das Leben gibt, muß auch richtig sein für das Leben unserer Nachkommen. Wir sind daher auch verpflichtet, demgemäß zu handeln.

Wir müssen somit den Kampf bis zur letzten Konsequenz gegen die Erscheinung aufnehmen, die unser deutsches Volk in den letzten 17 Jahren zerfressen hat, die uns so furchtbare Schäden zufügte, und die, wenn sie nicht besiegt worden wäre, Deutschland vernichtet hätte. Bismarck erklärte einst, daß der Liberalismus der Schrittmacher für die Sozialdemokratie sei. Ich brauche hier nicht zu sagen, daß die Sozialdemokratie der Schrittmacher für den Kommunismus ist.

Der Kommunismus aber ist der Schrittmacher für den Tod, für den Volkstod, für den Untergang.

Wir haben den Kampf gegen ihn aufgenommen und werden ihn zu Ende führen. Wie so oft in der deutschen Geschichte wird sich wieder einmal erweisen, daß das deutsche Volk, je größer die Not wird, um so mehr die Kraft hat, den Weg nach oben und nach vorwärts zu finden. Es wird ihn auch diesmal finden, ja, ich bin überzeugt, es hat den Weg bereits beschritten!

Damit komme ich zur dritten Maßnahme: die Befreiung der nun zunächst als gegeben anzusehenden Verbände von dem Einfluß derjenigen, die glauben, in diesen Verbänden eine letzte Rückzugsstellung zu besitzen. Sie sollen sich auch darüber keinem Irrtum hingeben. Das, was sie bauten, halten wir für falsch. Wir sehen aber, daß der deutsche Genius selbst gegen den Willen dieser Baumeister auch hier in Millionen einzelner Menschen langsam eine Empfindung erweckte, die auch äußerlich ihren Ausdruck in gewaltigen Organisationen fand. Sie selbst hätten diese Organisationen zerstört. Wir nehmen sie ihnen ab, nicht um alles für die Zukunft zu konservieren, sondern um dem deutschen Arbeiter alles das zu retten, was er an Spargroschen hier hineingelegt hat, und weiter, um den deutschen Arbeiter bei der Gestaltung der neuen Verhältnisse als einen Gleichberechtigten mitwirken zu lassen, um ihm die Möglichkeit zu geben, als Gleichberechtigter mit aufzutreten. Gegen ihn soll kein Staat gebildet werden; nein, mit ihm soll er entstehen!

Er soll nicht das Gefühl besitzen, hier als verfemt, geschändet und geächtet zu gelten. Nein, im Gegenteil! Wir wollen ihm von vornherein, schon in der Zeit dieses Werdens und Gestaltens, das Gefühl einimpfen, daß er gleichberechtigter Deutscher ist. Und gleiches Recht ist in meinen Augen nie etwas anderes als die freudige Übernahme der gleichen Pflichten.

Man rede nicht immer nur von Recht, sondern man rede dann auch von der Pflicht.

Der deutsche Arbeiter muß bei den Millionen der anderen Seite die Meinung beseitigen, als stehe er etwa dem deutschen Volk und seiner Erhebung innerlich fremd gegenüber. Gewiß wird es Elemente geben, die das nicht

wollen. Die gibt es aber auch auf der rechten Seite unseres Volkes. Über sie alle wird das Schicksal zur Tagesordnung übergehen.

Es werden sich die Menschen in Deutschland finden, die mit heiligem Herzen und mit ganzer Aufrichtigkeit nichts anderes wollen als die Größe ihres Volkes. Sie werden sich schon untereinander verständigen, sie werden sich untereinander auch verstehen, und wenn manches Mal vielleicht die Zweifel wiederkehren und die harte Wirklichkeit irgendeinen Schabernack spielen sollte, dann wollen wir die ehrlichen Makler sein.

Dann wird es die Aufgabe der Regierung sein, als ehrlichster und redlichster Makler die Hände, die sich lösen wollen, wieder ineinander zu fügen

und dem deutschen Volk immer und immer wieder zum Bewußtsein zu bringen: Ihr dürft euch nicht überwerfen, ihr dürft nicht über Äußerem zerbrechen, ihr dürft euch nicht einfach verlassen, weil die Entwicklung durch Jahrhunderte vielleicht Wege gegangen ist, die wir im einzelnen nicht für glücklich ansehen können, sondern ihr müßt euch immer und immer wieder darauf besinnen, daß ihr alle die Pflicht besitzt, euer Volkstum zu erhalten. Dann wird sich ein Weg finden lassen — es muß sich ein Weg finden lassen! Man kann nicht sagen: Der Weg zum Leben der Nation ist unmöglich geworden, weil die Stunde vielleicht Schwierigkeiten bereitet. Die Stunde wird vergehen, aber das Leben muß sein und wird sein.

Damit hat die Zusammenfassung der deutschen Arbeiterbewegung einen großen moralischen Sinn. Wir wollen, wenn wir nun den Neuaufbau des Staates durchführen, der das Ergebnis von sehr großen Konzessionen auf beiden Seiten sein wird, daß sich zwei Kontrahenten gegenüberstehen, die beide im Herzen grundsätzlich national denken, die beide grundsätzlich nur ihr Volk vor sich sehen, die beide grundsätzlich bereit sind, alles andere zurückzustellen, um diesem gemeinsamen Nutzen zu dienen. Denn nur wenn das von vornherein schon möglich wird, glaube ich an den Erfolg einer solchen Tat.

Hier ist auch der Geist mit entscheidend, aus dem die Tat geboren wird. Nicht Sieger und Besiegte darf es hier geben außer einem einzigen Sieger: unserem deutschen Volk!

Sieger über die Klassen, Sieger über die Stände und Sieger über die Interessen dieser einzelnen Gruppen unseres Volkes. Und damit werden wir dann von selbst wieder zu einer Veredelung des Begriffs Arbeit kommen. Auch das ist eine Aufgabe, die nicht von heute auf morgen durchzuführen ist. So wie hier viele Jahrhunderte allmählich eine Begriffsveränderung vornahmen, so werden auch Jahrhunderte notwendig sein, dem deutschen Volke diese Begriffe wieder in ihrer Ursprünglichkeit zu vermitteln. Unentwegt wird es aber das Ziel der Bewegung, die ich und meine Mitkämpfer repräsentieren, sein, das Wort Arbeiter zum großen Ehrentitel der deutschen Nation zu erheben. Nicht umsonst haben wir dieses Wort in die Bezeichnung unserer Bewegung eingefügt — nicht etwa, weil uns dieses Wort einst großen Nutzen gebracht hätte! Im Gegenteil, Haß und Feindschaft auf der einen Seite und Unverständnis auf der anderen trug es uns ein. Sondern wir haben dieses Wort gewählt, weil wir mit dem Sieg unserer Bewegung auch dieses Wort siegend emporheben wollten.

Wir haben es gewählt, damit sich in diesem Wort am Ende neben dem Begriff Volk die zweite Basis findet: die Einigung der deutschen Menschen. Denn wer wirklich edlen Willens ist, kann nicht anders, als sich stolz zu diesem Wort bekennen.

Ich bin an sich ein Feind der Übernahme aller Ehrentitel, und ich glaube nicht, daß man mir hierin einmal viel wird vorwerfen können. Was ich nicht unbedingt tun muß, tue ich nicht. Ich möchte mir auch niemals etwa Visitenkarten drucken lassen mit den Bezeichnungen, die einem auf dieser irdischen Welt so ruhmvoll verliehen werden. Ich möchte auf meinem Grabstein nichts anderes haben als meinen Namen. Aber ich bin nun einmal durch meinen eigenartigen Lebensweg vielleicht mehr als jeder andere befähigt, das Wesen und das ganze Leben der verschiedenen deutschen Stände zu verstehen und zu begreifen, nicht weil ich dieses Leben etwa von oben herunter hätte beobachten können, sondern weil ich es selbst mitgelebt habe, weil ich mitten in diesem Leben stand, weil mich das Schicksal in seiner Laune oder vielleicht auch in seiner Vorsehung einfach in diese breite Masse Volk und Menschen hineingeworfen hat. Weil ich selbst jahrelang als Arbeiter am Bau schuf und mir mein Brot verdienen mußte. Und weil ich zum zweiten Male dann wieder jahrelang in dieser breiten Masse stand als gewöhnlicher Soldat, und weil das Leben mich dann in die anderen Schichten unseres Volkes hineinhob, so daß ich auch diese besser kenne als Unzählige, die in diesen Schichten geboren sind. So hat mich das Schicksal vielleicht mehr als irgendeinen anderen dazu bestimmt, der — ich darf dieses Wort für mich gebrauchen — ehrliche Makler zu sein,

der ehrliche Makler nach jeder Seite hin.

Ich bin hier persönlich nicht interessiert; weder bin ich vom Staat abhängig, noch von einem öffentlichen Amte, noch bin ich abhängig von der Wirtschaft oder von der Industrie, auch nicht von irgendeiner Gewerkschaft. Ich bin ein unabhängiger Mann, und ich habe mir kein anderes Ziel gesetzt, als nach meinem Vermögen und Können dem deutschen Volke zu nützen — und hier vor allem den Millionen Menschen zu nützen, die dank ihrer Gutgläubigkeit, ihrer Unkenntnis und der Schlechtigkeit ihrer früheren Führer vielleicht am meisten geschlagen worden sind.

Ich habe mich immer zu der Auffassung bekannt, daß es nichts Schöneres gibt, als Anwalt derer zu sein, die sich selbst nicht gut verteidigen können.

Ich kenne dieses breite Volk und möchte unseren Intellektuellen immer nur eins sagen: Jedes Reich, das ihr nur auf den Schichten des intellektuellen Verstandes aufbaut, ist schwach gebaut!

Ich kenne diesen Verstand: ewig klügelnd, ewig forschend, aber auch ewig unsicher, ewig schwankend, beweglich, nie fest! Wer auf diesen intellektuellen Schichten allein ein Reich aufbauen will, wird sehen, daß er nicht fest baut. Es ist kein Zufall, daß die Religionen stabiler sind als die Staatsformen. Sie pflegen zumeist ihre Wurzeln tiefer in das Erdreich zu senken; sie wären gar nicht denkbar ohne dieses breite Volk. Ich weiß, daß die intellektuellen Schichten nur zu leicht von dem Hochmut erfaßt werden, dieses Volk nach den Maßstäben ihres Wissens und ihres sogenannten Ver-

standes zu messen; und doch gibt es hier Dinge, die oft der Verstand der Verständigen nicht sieht, weil er sie nicht sehen kann. Dieses breite Volk aber ist sicherlich oft schwerfällig und ist sicherlich in mancher Hinsicht rückständig und nicht so beweglich, nicht so geistreich und nicht so geistig. Aber es hat etwas: es hat Treue, es hat Beharrlichkeit, es hat Stabilität.

Ich kann wohl sagen: Der Sieg dieser Revolution wäre niemals gekommen, wenn nicht meine Gefährten, die breite Masse unserer kleinen Volksgenossen, in unerhörter Treue und in unerschütterlicher Beharrlichkeit hinter uns gestanden wären.

Ich kann mir gar nichts Besseres für unser Deutschland denken, als wenn es gelingt, nun diese Menschen, die auch außerhalb unserer Kampfreihen stehen, in den neuen Staat hineinzuführen und sie zu einem tragenden Fundament des neuen Staates zu gestalten.

Ein Dichter sprach einst das Wort aus: „Deutschland wird dann am größten sein, wenn seine ärmsten Söhne seine treuesten Bürger sind." Ich habe nun diese ärmsten Söhne vierundeinhalb Jahre kennengelernt als Musketiere im großen Weltkrieg; ich habe sie kennengelernt, die vielleicht gar nichts für sich zu gewinnen hatten, und die einfach aus der Stimme des Blutes, aus dem Gefühl der Volkszugehörigkeit heraus Helden gewesen sind.

Kein Volk hat mehr Recht, seinem unbekannten Musketier Monumente zu setzen, als unser deutsches Volk. Diese unerschütterliche Garde, die in unzähligen Schlachten standgehalten hat, die niemals wankte und niemals wich, die tausend Beispiele eines unerhörten Mutes, einer Treue, einer Opferwilligkeit, einer Disziplin und eines Gehorsams gegeben hat, müssen wir dem Staat erobern, müssen wir dem kommenden Deutschen Reich, unserm Dritten Reich gewinnen. Das ist vielleicht das Kostbarste mit, das wir ihm geben können.

Weil ich aber dieses Volk besser kenne als irgendein anderer, der zugleich das übrige Volk kennt, bin ich in diesem Falle nicht nur bereit, diese ehrliche Maklerrolle zu übernehmen, sondern ich bin glücklich darüber, daß das Schicksal mir diese Rolle zuteilen kann.

Ich werde keinen größeren Stolz in meinem Leben besitzen als den, einst am Ende meiner Tage sagen zu können: Ich habe dem Deutschen Reiche den deutschen Arbeiter erkämpft!

◆

Reichskanzler Adolf Hitler

vor dem Reichstag am 17. Mai 1933*).

Abgeordnete, Männer und Frauen des Deutschen Reichstages!

Namens der Reichsregierung habe ich den Reichstagspräsidenten gebeten, den Reichstag einzuberufen, um vor diesem Forum zu den Fragen Stellung zu nehmen, die heute nicht nur unser Volk, sondern die g a n z e W e l t bewegen.

*) Offizieller Wortlaut.

Die ihnen bekannten Probleme sind von so großer Bedeutung, daß von ihrer glücklichen Lösung nicht nur die politische Befriedigung, sondern auch die wirtschaftliche Rettung aller abhängt.

Wenn ich dabei für die Deutsche Regierung dem Wunsche Ausdruck gebe, ihre Behandlung der Sphäre jeder Leidenschaftlichkeit zu entziehen, dann geschieht es nicht zum geringsten in der alle beherrschenden Erkenntnis, daß die Krise der heutigen Zeit ihren tiefsten Ursprung selbst nur jenen Leidenschaften zu verdanken hat, die nach dem Kriege die Einsicht und die Klugheit der Völker verdunkelt haben.

Denn alle die heutige Unruhe verursachenden Probleme liegen in den Mängeln des Friedensvertrages begründet, der es nicht vermochte, die wichtigsten und entscheidendsten Fragen der damaligen Zeit für alle Zukunft überlegen, klar und vernünftig zu lösen. Weder die nationalen noch die wirtschaftlichen oder gar die rechtlichen Angelegenheiten und Forderungen der Völker sind durch diesen Vertrag in einer Weise gelöst worden, daß sie vor der Kritik der Vernunft für alle Zeiten bestehen könnten. Es ist daher verständlich, daß der Gedanke einer Revision nicht nur zu den dauernden Begleiterscheinungen der Auswirkungen dieses Vertrages gehört, sondern die Revision sogar von seinen Verfassern als nötig vorausgesehen wurde und daher im Vertragswerk selbst eine rechtliche Verankerung fand.

Wenn ich hier kurz auf die Probleme eingehe, die dieser Vertrag hätte lösen sollen, dann geschieht es deshalb, weil durch das Versagen auf diesen Gebieten sich zwangsläufig die späteren Situationen ergeben mußten, unter denen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker seitdem leiden.

Die politischen Probleme

sind folgende:

Durch viele Jahrhunderte entstanden die europäischen Staaten und ihre Grenzziehungen aus Auffassungen heraus, die nur innerhalb eines ausschließlich staatlichen Denkens lagen. Mit dem siegreichen Durchbruch des nationalen Gedankens und des Nationalitäten-Prinzips im Laufe des vergangenen Jahrhunderts wurden infolge der Nichtberücksichtigung dieser neuen Ideen und Ideale durch die aus anderen Voraussetzungen heraus entstandenen Staaten die Keime zu zahlreichen Konflikten gelegt. Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höheren Aufgaben für eine wirkliche Friedenskonferenz geben, als in klarer Erkenntnis dieser Tatsache eine

Neugliederung und Neuordnung der europäischen Staaten

vorzunehmen, die diesem Prinzip im höchstmöglichen Umfang gerecht wurde. Je klarer durch diese Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen deckten, um so mehr mußte damit eine große Reihe von künftigen Konfliktsmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden. Ja, diese territoriale Neugestaltung Europas unter Berücksichtigung der wirklichen Volksgrenzen wäre geschichtlich jene Lösung gewesen, die mit dem Blick in die Zukunft vielleicht für Sieger und Besiegte die Blutopfer des großen Krieges als doch nicht ganz vergebliche hätte erscheinen lassen können, weil durch sie der Welt die Grundlagen für einen wirklichen Frieden gegeben worden wären.

Tatsächlich entschloß man sich aber teils aus Unkenntnis, teils aus Leidenschaft und Haß zu Lösungen, die ewig den Keim neuer Konflikte schon in ihrer Unlogik und ihrer Unbilligkeit tragen.

Folgende waren die

wirtschaftlichen Probleme,

die dieser Konferenz zur Lösung vorlagen:

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation Europas ist gekennzeichnet durch die Übervölkerung des europäischen Westens und durch die Armut des Bodens dieser Gebiete an gewissen Rohstoffen, die gerade in jenen Gebieten mit alter Kultur dem dort gewohnten Lebens-Standard unentbehrlich sind. Wollte man eine gewisse Befriedung Europas für menschlich absehbare Zeit herbeiführen, dann mußte man, statt der unfruchtbaren und gefährlichen Begriffe wie Buße, Strafe, Wiedergutmachung usw. die tiefe Erkenntnis verfolgen und berücksichtigen, daß

mangelnde Existenzmöglichkeit immer eine Quelle von Völkerkonflikten

gewesen ist. Statt den Gedanken der Vernichtung zu predigen, mußte man eine Neuordnung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen vornehmen, die den Existenznotwendigkeiten der einzelnen Völker im höchstmöglichen Umfange gerecht wurde.

Es ist nicht weise, die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten einem Volke zu entziehen ohne Rücksicht darauf, daß die davon abhängige Bevölkerung darauf angewiesen ist, in diesem Gebiete weiterhin zu leben. Die Meinung aber, durch die wirtschaftliche Vernichtung eines 65-Millionen-Volkes anderen Völkern einen nützlichen Dienst zu erweisen, ist eine unsinnige. Sehr bald würden die Völker, die so verfahren wollten, nach den natürlichen Gesetzen von Ursache und Wirkung spüren, daß sie derselben Katastrophe zugeführt werden, die sie dem einen Volke bereiten wollten. Der Gedanke der Reparationen und ihrer Durchführung wird einmal in der Völkergeschichte ein Schulbeispiel dafür sein, wie sehr die Außerachtlassung der internationalen Wohlfahrt allen schädlich sein kann.

Tatsächlich konnte die Reparationspolitik nur vom deutschen Export bezahlt werden. Im gleichen Ausmaß, wie Deutschland wegen der Reparationen als internationales Exportunternehmen betrachtet wurde, mußte aber der Export der Gläubigerstaaten leiden. Der wirtschaftliche Nutzen der Reparationszahlungen konnte daher in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der den Einzelvolkswirtschaften mit den Reparationen zugefügt wurde.

Der Versuch, eine solche Entwicklung dadurch abzuwenden, daß eine Beschränkung des deutschen Exports durch Kreditgewährungen zur Ermöglichung der Zahlungen ausgeglichen wurde, war wenig umsichtig und im Endergebnis falsch. Denn die Umschuldung der politischen in private Verpflichtungen führte zu einem Zinsdienst, dessen Erfüllung zu denselben Ergebnissen führen mußte. Das Schlimmste

aber war, daß die Entwicklung des binnenwirtschaftlichen Lebens künstlich gehemmt und vernichtet wurde. Der Kampf auf den Weltabsatzmärkten durch dauernde Preisunterbietungen führte zu einer Überspitzung der Rationalisierungsmaßnahmen in der Wirtschaft.

Die Millionen unserer Arbeitslosen sind das letzte Ergebnis dieser Entwicklung. Wollte man aber die Reparationsverpflichtungen auf Sachlieferungen beschränken, dann mußte dies zu einer nicht minder großen Schädigung der Binnenerzeugung der also beglückten Völker führen. Denn Sachlieferungen in dem in Frage kommenden Umfange sind nicht denkbar, ohne den Bestand der eigenen Produktionen der Völker auf das stärkste zu gefährden.

Es ist die Schuld des Versailler Vertrages, eine Zeit eingeleitet zu haben, in der finanzielle Rechenkunst die wirtschaftliche Vernunft umzubringen scheint.

Deutschland hat diese ihm auferlegten Verpflichtungen trotz der ihnen innewohnenden Unvernunft und der vorauszusehenden Folgen geradezu selbstmörderisch treu erfüllt.

Die internationale Wirtschaftskrise ist der unumstößliche Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung.

Der Gedanke der Wiederherstellung eines allgemeinen internationalen Rechtsempfindens ist durch den Vertrag nicht minder vernichtet worden.

Denn um die gesamten Maßnahmen dieses Ediktes zu motivieren, mußte

Deutschland zum Schuldigen gestempelt

werden. Dies ist ein ebenso einfaches wie allerdings unmögliches Verfahren. In Zukunft wird also die Schuld an Auseinandersetzungen immer der Besiegte tragen; denn der Sieger hat ja immer die Möglichkeit, diese Feststellung einfach zu treffen.

Dieser Vorgang führt deshalb zu furchtbarer Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsform. Die Begriffe Sieger und Besiegte wurden damit förmlich zum Fundament einer neuen internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung gemacht.

Die Disqualifizierung eines großen Volkes zu einer Nation zweiten Ranges und zweiter Klasse wurde in einem Augenblick proklamiert, in dem ein Bund der Nationen aus der Taufe gehoben werden sollte.

Diese Behandlung Deutschlands konnte in der Folge nicht zu einer Befriedung der Welt führen. Die damit für nötig erachtete Abrüstung und Wehrlosmachung der Besiegten, ein in der Geschichte europäischer Nationen unerhörter Vorgang, war noch weniger geeignet, die allgemeinen Gefahren und Konflikte zu vermindern, sondern führte nur in den Zustand jener ewigen Drohungen, Forderungen und Sanktionen, die als fortdauernde Unruhe und Unsicherheit zum Grabe der gesamten Wirtschaft zu werden drohen. Wenn im Völkerleben jede Überlegung hinsichtlich des Risikos bei bestimmten Handlungen ausfällt, wird nur zu leicht die Unvernunft über die Ver-

nunft siegen. Der Völkerbund hat zum mindesten bisher gerade den Schwachen, Nichtgerüsteten bei solchen Anlässen keine merkliche Hilfe zukommen zu lassen vermocht. Verträge, die zur Befriedung des Lebens der Völker untereinander abgeschlossen werden, haben nur dann einen inneren Sinn, wenn sie von einer wirklichen und aufrichtigen Gleichberechtigung aller ausgehen. Gerade darin liegt die Hauptursache der seit Jahren die Welt beherrschenden Gärung.

Daß aber die heute vorliegenden Probleme eine vernünftige und endgültige Lösung erfahren, liegt im Interesse aller. Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen.

Im Gegenteil, weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung irgendeiner Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervorrufen, als sie heute besteht. Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als Endergebnis eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichts eintreten und damit so oder so der Keim für spätere neue Gegensätze und neue Verwicklungen gelegt werden.

Neue Kriege, neue Unsicherheit und eine neue Wirtschaftsnot würden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung führen. Ein im kommunistischen Chaos versinkendes Europa würde eine Krise von unabsehbaren Ausmaßen und nicht abzuschätzender Dauer heraufbeschwören.

Es ist der tiefernste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine *solche unfriedliche Entwicklung* durch ihre *aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern.*

Das ist auch der innere Sinn der in Deutschland vollzogenen *Umwälzung*. Die drei Gesichtspunkte, die unsere *Revolution* beherrschen, widersprechen in keiner Weise den Interessen der übrigen Welt:

Erstens: Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines die verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volksstaates und die Erhaltung des Begriffs Eigentum als Grundlage unserer Kultur. Zweitens: Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionenarmee unserer bedauernswerten Arbeitslosen in die Produktion. Drittens: Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation, die dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertragsfähig macht.

Wenn ich in diesem Augenblick bewußt als deutscher Nationalsozialist spreche, so möchte ich namens der nationalen Regierung und der gesamten *Nationalerhebung* bekunden, daß gerade uns in diesem jungen Deutschland das tiefste Verständnis beseelt für die gleichen Gefühle und Gesinnungen sowie für die begründeten Lebensansprüche der *anderen Völker*. Die Generation dieses jungen Deutschlands, die in ihrem bisherigen Leben nur die *Not*, das *Elend* und den *Jammer* des eige-

nen Volkes kennen lernte, hat zu sehr unter dem Wahnsinn gelitten, als daß sie beabsichtigen könnte, das gleiche anderen zuzufügen.

Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben.

Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvölker, und wir wissen,

daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte.

Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrage von Versailles diese Realitäten auch in bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären. Denn es müßte das Ziel eines wirklich dauerhaften Vertragswerkes sein, nicht Wunden zu reißen oder vorhandene offen zu halten, sondern Wunden zu schließen und zu heilen. Eine überlegte Behandlung der Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre. Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden.

Allein dies Bekenntnis zum Rechtscharakter eines solchen Vertrages kann nur ein allgemeines sein. Nicht nur der Sieger hat den Anspruch auf die ihm darin gegebenen Rechte, sondern auch der Besiegte. Das Recht aber, eine

Revision des Vertrages

zu fordern, liegt im Vertrage selbst begründet. Die deutsche Regierung wünscht dabei als Motiv und Maß für ihr Verlangen nichts anderes als die vorliegenden Resultate der bisherigen Erfahrungen sowie die unbestreitbaren Erkenntnisse einer kritischen und logischen Vernunft. Die Erfahrungen, die in den 14 Jahren gemacht worden sind, sind politisch und wirtschaftlich eindeutige.

Das Elend der Völker wurde nicht behoben, sondern es hat zugenommen. Die tiefste Wurzel dieses Elends aber liegt in der Zerreißung der Welt in Sieger und Besiegte als die beabsichtigte ewige Grundlage aller Verträge und jeder kommenden Ordnung. Die schlimmste Auswirkung findet diese Ordnung in der erzwungenen Wehrlosigkeit der einen Nation gegenüber den übersteigerten Rüstungen der anderen. Wenn Deutschland seit Jahren unentwegt die Abrüstung aller fordert, so aus folgenden Gründen:

Erstens ist die Forderung nach einer tatsächlich zum Ausdruck kommenden Gleichberechtigung eine Forderung der Moral, des Rechts und der Vernunft, eine Forderung, die im Friedensvertrage selbst an-

erkannt worden ist, und deren Erfüllung unlöslich verbunden wurde mit der Forderung der deutschen Abrüstung als Ausgangspunkt für die Weltabrüstung.

Zweitens, weil umgekehrt die Disqualifizierung eines großen Volkes geschichtlich nicht ewig aufrechterhalten werden kann, sondern einmal ihr Ende finden muß. Denn wie lange glaubt man, ein solches Unrecht einer großen Nation zufügen zu können? Was bedeutet der Vorteil eines Augenblicks gegenüber der dauernden Entwicklung der Jahrhunderte? Das deutsche Volk wird bleiben, genau wie das französische und, wie uns durch die geschichtliche Entwicklung gelehrt wurde, das polnische.

Was sind und was bedeuten Erfolge einer vorübergehenden Unterdrückung eines 65-Millionen-Volkes gegenüber der Gewalt dieser unumstößlichen Tatsachen? Kein Staat kann mehr Verständnis haben für die neu entstandenen jungen europäischen Nationalstaaten als das Deutschland der aus dem gleichen Willen entstandenen nationalen Revolution. Es will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, anderen zu geben.

Wenn Deutschland heute die Forderung nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfüllung der Verträge. Denn

Deutschland hat abgerüstet,

und Deutschland hat diese Abrüstung unter schärfster internationaler Kontrolle durchgeführt. 6 Millionen Gewehre und Karabiner wurden ausgeliefert oder zerstört, 130 000 Maschinengewehre, riesige Mengen Maschinengewehrläufe, 91 000 Geschütze, 38,75 Millionen Granaten und enorme weitere Waffen- und Munitionsbestände hat das deutsche Volk zerstört oder ausliefern müssen.

Das Rheinland wurde entmilitarisiert, die deutschen Festungen wurden geschleift, unsere Schiffe ausgeliefert, die Flugzeuge zerstört, unser Wehrsystem aufgegeben und die Ausbildung von Reserven dadurch verhindert. Selbst die nötigsten Waffen der Verteidigung blieben uns versagt.

Wer heute versucht, gegenüber diesen nicht wegzuleugnenden Tatsachen mit wahrhaft armseligen Ausreden und Ausflüchten aufzutreten und zu behaupten, Deutschland hätte die Verträge nicht erfüllt oder hätte gar aufgerüstet, dessen Auffassung muß ich von dieser Stelle aus als ebenso unwahr wie unfair zurückweisen.

Ebenso unrichtig sind die Behauptungen, daß Deutschland etwa personell den Verpflichtungen des Vertrages nicht nachgekommen wäre. Die Angabe, daß die S.A. und S.S. der Nationalsozialistischen Partei in irgendeiner Beziehung zur Reichswehr in dem Sinne stünden, daß es sich hier um militärisch ausgebildete Bestände oder Reserven der Armee handele, ist unwahr!

Die unverantwortliche Leichtfertigkeit, mit der solche Behauptungen erhoben werden, mag man nur aus einem Beispiel ersehen: Im vergange-

nen Jahre fand in Brünn der Prozeß gegen Angehörige der Nationalsozialistischen Partei in der Tschechoslowakei statt. Durch vereidete Sachverständige der tschechoslowakischen Armee wurde damals die Behauptung aufgestellt, die Angeklagten stünden in Beziehungen zur Nationalsozialistischen Partei Deutschlands, befänden sich in Abhängigkeit von ihr und seien als Mitglieder eines Volkssportvereins damit gleichzusetzen den Mitgliedern der S.A. und S.S. in Deutschland, die eine von der Reichswehr ausgebildete und organisierte Reserve-Armee darstelle.

In derselben Zeit besaßen aber die S.A. und S.S. genau so wie die Nationalsozialistische Partei überhaupt nicht nur keine Beziehungen zur Reichswehr, sondern sie wurden im Gegenteil als staatsfeindliche Organisationen verfolgt, verboten und endlich aufgelöst. Ja darüber hinaus: Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, Angehörige der S.A. und S.S. waren nicht nur von allen staatlichen Amtsstellen ausgeschlossen, sondern sie durften nicht einmal als Arbeiter in einen Heeresbetrieb aufgenommen werden. Die Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei aber wurden auf Grund dieser falschen Darstellung zu langen Zuchthausstrafen verurteilt!

Tatsächlich sind die S.A. und die S.S. der Nationalsozialistischen Partei ohne jede Beihilfe, ohne jede finanzielle Unterstützung des Staates, des Reiches oder gar der Reichswehr, ohne jede militärische Ausbildung und ohne jede militärische Ausrüstung entstanden, aus rein parteipolitischen Bedürfnissen und nach parteipolitischen Erwägungen. Ihr Zweck war und ist ausschließlich die Beseitigung der kommunistischen Gefahr, ihre Ausbildung ohne jede Anlehnung an das Heer, nur berechnet für Zwecke der Propaganda und der Aufklärung, psychologische Massenwirkung und Niederbrechung des kommunistischen Terrors. Sie sind Institutionen zur Anerziehung eines wahren Gemeinschaftsgeistes, zur Überwindung früherer Klassengegensätze und zur Behebung der wirtschaftlichen Not.

Der Stahlhelm ist entstanden aus der Erinnerung an die große Zeit des gemeinsamen Fronterlebnisses, zur Pflege der Tradition, zur Erhaltung der Kameradschaft und endlich ebenfalls zum Schutze des deutschen Volkes gegen die seit dem November 1918 das Volk bedrohende kommunistische Revolution, eine Gefahr allerdings, die die Länder nicht ermessen können, die nicht so wie wir Millionen organisierter Kommunisten besessen haben und nicht, wie in Deutschland, unter Terror litten. Denn der wirkliche Zweck dieser nationalen Organisationen wird am besten gekennzeichnet durch die tatsächliche Art ihres Kampfes und durch ihre Opfer. S.A. und S.S. hatten zufolge kommunistischer Mordüberfälle und Terrorakte in wenigen Jahren über 350 Tote und gegen 40 000 Verletzte zu beklagen. Wenn heute in Genf versucht wird, diese ausschließlich innerpolitischen Zwecken dienenden Organisationen auf die Wehrstärken anzurechnen, dann könnte man genau so gut die Feuerwehr, die Turnvereine, die Wach- und Schließgesellschaften, die Ruderklubs und andere Sportverbände als Wehrmacht anrechnen.

Wenn man aber weiter im gleichen Augenblick die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Armeen der Welt im Gegensatz zu diesen militärisch vollkommen unausgebildeten Menschen nicht in Anrechnung bringt, wenn man die bewaffneten Reserven der anderen bewußt übersieht, aber die unbewaffneten Angehörigen politischer Verbände bei uns zu zählen beginnt, dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das ich den schärfsten Protest einlegen muß!

Wenn die Welt das Vertrauen in Recht und Gerechtigkeit zerstören will, dann sind dies dazu geeignete Mittel.

Denn folgendes habe ich namens des deutschen Volkes und der Deutschen Regierung zu erklären: Deutschland hat abgerüstet. Es hat alle ihm im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen weit über die Grenzen jeder Billigkeit, ja jeder Vernunft hinaus erfüllt. Seine Armee beträgt 100000 Mann. Die Stärke und die Art der Polizei sind international geregelt.

Die in den Tagen der Revolution aufgestellte Hilfspolizei hat ausschließlich politischen Charakter. Sie mußte in den kritischen Tagen des Umsturzes den von dem neuen Regime zunächst als unsicher vermuteten Teil der anderen Polizei ersetzen. Nun nach der siegreichen Durchführung der Revolution ist sie bereits im Abbau begriffen und wird noch vor Ausgang des Jahres vollständig aufgelöst sein.

Deutschland hat damit einen vollständig berechtigten moralischen Anspruch darauf, daß die anderen Mächte ihrerseits ihre Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag von Versailles ergeben, erfüllen. Die Deutschland im Dezember zugestandene Gleichberechtigung ist bisher nicht verwirklicht. Wenn seitens Frankreichs immer wieder die These aufgestellt wird, daß neben der Gleichberechtigung Deutschlands die Sicherheit Frankreichs stehen müsse, so darf ich demgegenüber zwei Fragen erheben:

1. Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen, die sich aus der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, des Kellogg-Paktes, der Schiedsgerichts-Verträge, des Non-force-Paktes usw. ergeben. Welches sind die konkreten Sicherungen, die von Deutschland noch übernommen werden können?

2. Welche Sicherungen hat demgegenüber Deutschland? Nach den Angaben beim Völkerbund besitzt Frankreich allein an im Dienst befindlichen Flugzeugen 3046, Belgien 350, Polen 700, die Tschechoslowakei 670. Dazu kommen unermeßliche Mengen an Reserve-Flugzeugen, Tausende von Kampfwagen, Tausende von schweren Geschützen sowie alle technischen Mittel zur Führung des Krieges mit giftigen Gasen. Hat nicht Deutschland demgegenüber in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit mehr Berechtigung, Sicherheit zu verlangen, als die durch Koalitionen miteinander verbundenen Rüstungsstaaten?

Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind, und wenn dies Deutschland zugute kommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militä-

rische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun würden. Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der

Forderung seiner Gleichberechtigung

bestehen. Die Deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Fragen. Sie muß aber verlangen, daß ihr nicht die Zerstörung einer vorhandenen Wehreinrichtung aufgezwungen wird ohne die Zubilligung einer zumindest qualitativen Gleichberechtigung. Deutschland muß fordern, daß eine Umwandlung der heutigen von Deutschland nicht gewollten, sondern uns erst vom Ausland auferlegten Wehreinrichtung Zug um Zug erfolgt im Maße der tatsächlichen Abrüstung der anderen Staaten.

Dabei erklärt sich Deutschland im wesentlichen damit einverstanden, eine

Übergangsperiode von fünf Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit

anzunehmen, in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirkliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt. Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die gerüsteten Nationen ihrerseits diese Angriffswaffen vernichten und durch eine internationale Konvention ihre Anwendung verboten wird. Deutschland hat nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit zu bewahren und seine Grenzen schützen zu können.

Nach dem Ausspruch des französischen Kriegsministers im Februar 1932 kann ein großer Teil der farbigen französischen Streitkräfte sofort auf dem französischen Festland verwendet werden. Er rechnet sie deshalb ausdrücklich zu den Heimatstreitkräften.

Es entspricht deshalb nur der Gerechtigkeit, die farbigen Streitkräfte auch bei der Abrüstungskonferenz als Bestandteil des französischen Heeres zu berücksichtigen. Während man dies ablehnt, will man bei der deutschen Heeresstärke Verbände und Organisationen berücksichtigen, die nur volkserzieherischen und volkssportlichen Zwecken dienen und überhaupt keine militärische Ausbildung genießen. In den anderen Ländern sollen diese Verbände aber überhaupt für die Heeresstärke nicht in Frage kommen. Das ist natürlich ein ganz unmögliches Verfahren. Deutschland würde sich auch jederzeit bereit erklären, im Falle der Schaffung einer allgemeinen internationalen Kontrolle der Rüstungen bei gleicher Bereitwilligkeit der anderen Staaten die betreffenden Verbände dieser Kontrolle mit zu unterstellen, um ihren vollständig unmilitärischen Charakter eindeutig vor der ganzen Welt zu beweisen. Ferner wird die Deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen,

wenn es in gleicher Weise auch auf die anderen Staaten Anwendung findet.

Diese Forderungen bedeuten nicht eine Aufrüstung, sondern ein Verlangen nach Abrüstung der anderen Staaten. Ich begrüße dabei noch einmal namens der Deutschen Regierung den weitausschauenden und richtigen Plan des italienischen Staatschefs, durch einen besonderen Pakt ein enges Vertrauens- und Arbeitsverhältnis der vier europäischen Großmächte England, Frankreich, Italien und Deutschland herzustellen. Der Auffassung Mussolinis, daß damit die Brücke zu einer leichteren dauernden Verständigung geschlagen werden könnte, stimmt die Deutsche Regierung aus innerster Überzeugung zu. Sie will das äußerste Entgegenkommen zeigen, sofern auch die anderen Nationen zu einer wirklichen Überwindung etwa entgegenstehender Schwierigkeiten geneigt sind.

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, von dem ich heute nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet deshalb die Deutsche Regierung zu warmem Danke. Sie ist bereit, dieser Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen, denn auch sie ist der Auffassung, daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. Sie ist bereit, sich an diesem Werke der Inordnungbringung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt uneigennützig zu beteiligen. Sie ist, wie ich schon eingangs betonte, ebenso überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann:

den Frieden der Welt zu sichern.

Ich fühle mich verpflichtet, festzustellen, daß der Grund für die heutigen Rüstungen Frankreichs oder Polens unter keinen Umständen die Furcht dieser Nationen vor einer deutschen Invasion sein kann. Denn diese Furcht hätte ihre Berechtigung ja nur im Vorhandensein jener modernen Angriffswaffen. Gerade diese modernen Angriffswaffen aber besitzt Deutschland überhaupt nicht, weder schwere Artillerie, noch Tanks, noch Bombenflugzeuge, noch Giftgase.

Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten könnte, ist die deutsche, der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschnitt und auch die Anlage von Grenzbefestigungen untersagte.

Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ein gleiches tut. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit.

Deutschland würde die in dem Vorschlage des Präsidenten Roosevelt angedeutete Möglichkeit begrüßen, die Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse einzubeziehen. Dieser Vorschlag bedeutet eine große Beruhigung für alle, die an der aufrichtigen Erhaltung des Friedens mitarbeiten wollen. Wir aber haben keinen sehnlicheren Wunsch, als dazu beizutragen, daß die Wunden des Krieges und des

Versailler Vertrages endgültig geheilt werden. Deutschland will keinen anderen Weg dabei gehen als den, der durch die Verträge selbst als berechtigt anerkannt ist. Die Deutsche Regierung wünscht, sich über alle schwierigen Fragen mit den Nationen friedlich auseinanderzusetzen. Sie weiß, daß jede militärische Aktion in Europa auch bei deren völligem Gelingen, gemessen an den Opfern, in keinem Verhältnis stehen würde zu dem Gewinn.

Die Deutsche Regierung und das deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgendeiner Unterschrift nötigen lassen, die eine Verewigung der Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde. Der Versuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen. Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral vergewaltigt, aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterschrift Rechtsgültigkeit erhalten könnte.

Wenn in Zeitungsartikeln und in bedauerlichen Reden versucht wird, Deutschland Sanktionen anzudrohen, so könnte ein solches ungeheuerliches Verfahren nur die Strafe dafür sein, daß wir durch die Forderung nach Abrüstung die Erfüllung der Verträge verlangen. Ein solcher Vorgang könnte nur zur endgültigen moralischen und tatsächlichen Außerkraftsetzung der Verträge selbst führen. Deutschland würde aber auch in dem Fall seine friedlichen Forderungen niemals aufgeben. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen, das Chaos, das ein solcher Versuch in Europa herbeiführen müßte, fiele zur Verantwortung derer, die gegen ein Volk, das der Welt nichts zuleide tut, mit solchen Mitteln kämpften.

Jeder solcher Versuch, jeder Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Wege einer einfachen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen. Das deutsche Volk besitzt aber heute Charakter genug, in einem solchen Falle seine Mitarbeit den anderen Nationen nicht aufoktroyieren zu wollen, sondern, wenn auch schweren Herzens, die dann einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen.

Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwerfallen,

noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören.

Die Deutsche Regierung und das deutsche Volk sehen die Krise der heutigen Zeit. Jahrelang ist von Deutschland aus vor den Methoden gewarnt worden, die zu diesem politischen und wirtschaftlichen Ergebnis führen mußten. Wenn auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Methoden weiter fortgefahren wird, kann das Ende nicht zweifelhaft sein. Nach scheinbaren politischen Erfolgen einzelner Nationen werden um so schwerere wirtschaftliche und damit auch politische Katastrophen für alle die Folge sein. Sie zu vermeiden, sehen wir als erste und oberste Aufgabe an.

Bisher ist Wirksames dagegen nicht unternommen worden. Wenn uns von der übrigen Welt vorgehalten wird, daß man dem früheren Deutschland sehr wohl gewisse Sympathien entgegengebracht hätte, so haben wir die Folgen und Auswirkungen dieser „Sympathien“ in Deutschland und für Deutschland jedenfalls kennengelernt!

Millionen zerstörter Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert und eine ungeheure Armee von Arbeitslosen — ein trostloser Jammer, dessen ganzen Umfang und Tiefe ich am heutigen Tage der übrigen Welt nur durch eine einzige Zahl zum Verständnis bringen möchte:

Seit dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages, der als Friedenswerk der Grundstein zu einer neuen und besseren Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich in unserem deutschen Volk — fast nur aus Not und Elend — 224000 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen, Männer und Frauen, Greise und Kinder!

Diese unbestechlichen Zeugen sind Ankläger gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit einst nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland sich Heil und Segen versprochen hatten. Mögen die anderen Nationen daraus aber auch den unerschütterlichen Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen endlich abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer endlichen Verständigung aller auf dem Boden gleicher Rechte.

*

Reichskanzler Adolf Hitler

vor den Reichsstatthaltern in der Reichskanzlei.
Berlin, am 6. Juli 1933*).

Die politischen Parteien sind jetzt endgültig beseitigt; dies ist ein geschichtlicher Vorgang, dessen Bedeutung und Tragweite man sich vielfach noch gar nicht bewußt geworden ist. Wir müssen jetzt die letzten Überreste der Demokratie beseitigen, insbesondere auch die Methoden der Abstimmung und der Mehrheitsbeschlüsse, wie sie heute noch vielfach bei den Kommunen, in wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausschüssen vorkommen, und die Verantwortung der Einzelpersönlichkeit überall zur Geltung bringen.

Der Erringung der äußeren Macht muß die innere Erziehung der Menschen folgen. Man muß sich davor hüten, rein formale Entscheidungen von heute auf morgen zu fällen und davon eine endgültige Lösung zu erwarten. Die Menschen vermögen leicht die äußere Form in ihre eigene geistige Ausprägung umzubiegen.

*) Gekürzter amtlicher Wortlaut.

Man darf erst umschalten, wenn man die geeigneten Personen für die Umschaltung hat. Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene aufgefangen und zum Stehen gebracht worden.

Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muß den frei gewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten. Die Erziehung der Menschen ist dabei das wichtigste. Der heutige Zustand muß verbessert und die Menschen, die ihn verkörpern, müssen zur nationalsozialistischen Staatsauffassung erzogen werden. Man darf daher nicht einen Wirtschaftler absetzen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Nationalsozialist ist; zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht.

In der Wirtschaft darf nur das Können ausschlaggebend sein.

Die Aufgabe des Nationalsozialismus ist die Sicherstellung der Entwicklung unseres Volkes. Man soll aber nicht herumsuchen, ob noch etwas zu revolutionieren ist, sondern wir haben die Aufgabe, Position um Position zu sichern, um sie zu halten und allmählich mustergültig zu besetzen. Wir müssen dabei unser Handeln auf viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen. Durch theoretische Gleichschaltung schaffen wir keinem Arbeiter Brot. Die Geschichte aber wird ihr Urteil über uns nicht danach abgeben, ob wir möglichst viele Wirtschaftler abgesetzt und eingesperrt haben, sondern danach, ob wir es verstanden haben, Arbeit zu schaffen.

Wir haben heute absolut die Macht, uns überall durchzusetzen.

Aber wir müssen die abgesetzten Menschen auch durch bessere ersetzen können. Der Wirtschaftler muß in erster Reihe nach seinen wirtschaftlichen Fähigkeiten beurteilt werden, und wir müssen selbstverständlich die wirtschaftliche Apparatur in Ordnung halten. Mit Wirtschafts-Kommissionen, -Organisationen, -Konstruktionen und -Theorien werden wir die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Es kommt jetzt nicht auf Programme und Ideen, sondern auf das tägliche Brot für fünf Millionen Menschen an. Die Wirtschaft ist ein lebendiger Organismus, den man nicht mit einem Schlage verwandeln kann. Die Wirtschaft baut sich nach primitiven Gesetzen auf, die in der menschlichen Natur verankert sind. Die geistigen Bazillenträger, die jetzt in die Wirtschaft einzudringen suchen, bringen Staat und Volk in Gefahr. Man darf nicht die praktische Erfahrung ablehnen, weil sie gegen eine bestimmte Idee ist. Wenn wir mit Reformen vor die Nation hintreten, müssen wir auch beweisen, daß wir die Dinge verstehen und sie meistern können.

Unsere Aufgabe heißt Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit!

Aus dem Gelingen der Arbeitsbeschaffung werden wir die stärkste Autorität erhalten. Unser Programm ist nicht geschaffen, um schöne Gesten zu machen, sondern um dem deutschen Volk das Leben zu erhalten. Die Ideen des Programms verpflichten uns nicht, wie Narren zu handeln und alles umzustürzen, sondern klug und vorsichtig unsere Gedankengänge zu ver-

wirklichen. Auf die Dauer wird die machtpolitische Sicherheit um so größer sein, je mehr es uns gelingt, sie wirtschaftlich zu untermauern. Die Reichsstatthalter haben dafür zu sorgen und sind dafür verantwortlich, daß nicht irgendwelche Organisationen oder Parteistellen sich Regierungsbefugnisse anmaßen, Personen absetzen und Ämter besetzen, wofür allein die Reichsregierung, also in bezug auf die Wirtschaft allein der Reichswirtschaftsminister zuständig ist. Die Partei ist jetzt der Staat geworden. Alle Macht liegt bei der Reichsgewalt. Es muß verhindert werden, daß das Schwergewicht des deutschen Lebens wieder in einzelne Gebiete oder gar Organisationen verlagert wird. Es gibt keine Autorität mehr aus einem Teilgebiete des Reiches, sondern nur aus dem deutschen Volksbegriff!

◆